

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Wertags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 R. monatl. Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21 296, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 2 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 R., unter Eingehalt 5 R. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Zeichungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 5

Sonnabend, 8. Januar

1921

Verhandlungen der Landtagsfraktionen mit den Erwerbslosen.

Zur Ergänzung unseres gestrigen Berichtes über die kürzlich verlaufene Landtags-Sitzung sei auf den ausführlichen Bericht in der heutigen Landtagsbeilage verwiesen. Aus diesem geht hervor, daß es die Kammer zwar abgelehnt hat, die Deputation der Erwerbslosen im Plenum zu hören, daß aber sofort ein Ausschuß, bestehend aus je einem Mitglied aller Fraktionen, einschließlich der Kommunisten, gebildet worden ist, der mit der Deputation der Erwerbslosen auch sofort verhandelt hat.

Aber den Gang der Verhandlungen wird uns von beteiligter Seite folgendes mitgeteilt:
Den Vorsitz im Ausschuß führte Abg. Zellisch (Soz.). Er führte aus, daß die Fraktionen durch ihre Vertreter bereit seien, die Wünsche der Erwerbslosen entgegenzunehmen, daß Erklärungen und Zusicherungen ohne Rücksicht auf die Fraktionen aber nicht gegeben werden könnten. Der Führer der Erwerbslosen, der Redner Frey, berichtete darauf über die Notlage der Erwerbslosen und begründete die Forderungen, wie sie in dem kommunalistischen Antrag enthalten sind. Andere Redner beschäftigten sich über die Schikanen der heutigen Kontrolle, die durch weite Wege erschwert werde. Ein Redner behauptete, daß eine Delegation, die von auswärtig gekommen sei, bereits am Bischofsweg auseinandergetrieben worden wäre. Von den Abgeordneten wurden einige Fragen gestellt über die Höhe der Unterstützungen und über die Häufigkeit der Kontrollen. Es wurde der Deputation zugesichert, daß am Dienstag die Angelegenheit in der Kammer eingehend und sachlich besprochen werden solle. Damit war die Deputation der Erwerbslosen einverstanden. Die Besprechung verlief ohne jeden Zwischenfall. Irgegendweller Beschluß wurde nicht gefaßt.

Wirtschaftsfragen.

Dresden, 7. Januar. Heute mittag fand im Ständehaus eine vom Kommerzienrat Stecher-Freiberg und Direktor Weber-Keipzig einberufene Sitzung des demokratischen volkswirtschaftlichen Landesausschusses für Handel und Industrie statt. Auf der Tagesordnung stehen Steuerfragen sowie die Aufhebung der Demobilisierungsvorschriften, besonders der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen.

Annahme von Kriegsanleihe auf das Reichsnotopfer.

(N.) Bekanntlich dürfen bei Eingabe von Reichsanleihe auf das Reichsnotopfer solche Zinscheine nicht mit eingeleistet werden, die bereits fällig gewesen sind. Nachdem nunmehr auch die Zinscheine vom 2. Januar 1921 fällig geworden sind, müssen sie künftig von den Annahmestellen zurückgewiesen werden. Eine besondere Ausnahme ist vom Reichsfinanzministerium für diejenigen Fälle bewilligt worden, in denen eine Bank bereits vor dem 31. Dezember 1920 den Auftrag zur Ablieferung der Kriegsanleihe an eine Annahmestelle erhalten hatte und hierüber eine Bescheinigung ausgestellt hat. In allen anderen Fällen aber, insbesondere also auch dann, wenn zwar die Bank vor dem 31. Dezember 1920 eine Zeichnungsbefcheinigung ausgestellt hat, aber der Kunde die Einlieferung selbst bewirkt und dies erst nach dem 2. Januar 1921 tut, muß der am 2. Januar fällig gewesene Zinsschein zurückgegeben werden und unterliegt der Kapitalertragsteuer.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet.

Essen, 6. Januar. Da die gesamte Kohlenförderung im Ruhrgebiet im Jahre 1920 bis Ende Dezember 80 Mill. t betragen hat, so ist die Gesamtjahresförderung auf etwa 88 Mill. t zu veranschlagen. Im Vergleich zum Jahre 1913 ist somit eine Mehrförderung von etwa 26½ Mill. t zu verzeichnen, obwohl sich die Belegschaft um fast 100 000 Mann vermehrt hat.

Die künftige Politik Amerikas.

Hardings Programm.

DA. Paris, 6. Januar.

Der Präsident der Columbia-Universität, Dr. Nicholas Murray Butler, überreichte dem "Nation" ein längeres Schreiben, in dem er das künftige Programm Hardings entwickelt, soweit es sich ihm auf Grund gründlicher Aussprache mit dem künftigen Präsidenten darstellt. Es heißt in dem sehr bemerkenswerten Schreiben u. a.: Die internationale Zusammenarbeit kann nur zwei Formen annehmen: eine politische oder eine rechtliche. Juristische Zusammenarbeit nenne ich diejenige, die darin besteht, gemeinsam die internationalen Gesetze anzufassen, abzuändern und durchzuführen. An dieser Art des Zusammenarbeitens wollen Regierung und Volk der Vereinigten Staaten trotz der Tradition und der Tatsachen gerne teilnehmen. Unselbsterweise hat der Einfluß des Präsidenten Wilson auf der Friedenskonferenz ganz und gar dahin gewirkt, der Zusammenarbeit nicht die Rechtsform, sondern der amerikanischen Hilfe die politische Form zu geben. Nun führt aber die politische Zusammenarbeit rasch dazu, eine "Überregierung" zu schaffen, die alle freien und unabhängigen Nationen fürchten und verabscheuen. Unsere ganze Anstrengung wird sich also darauf zu richten haben, mit der größten Schnelligkeit und mit dem geringsten Maß an Reibung auf den rechten Weg wieder zurückzukommen. Die erhöhten Kosten der Lebenshaltung sind vor allen Dingen den erhöhten Kosten der Regierungsmaschinerie zu verdanken, und die erhöhten Kosten der Regierungsmaschinerie wiederum entstehen ganz allgemein aus der Furcht vor einem neuen internationalen Kriege. Diese Verachtung aus der Welt zu schaffen, ist für das Volk der Vereinigten Staaten zugleich eine Gelegenheit und eine Verpflichtung. Wir können es tun, ohne uns in die Helferdeserterschaft und alle Komplikationen des Völkerbundes, so wie er gegenwärtig funktioniert, hineinzuziehen zu lassen, und ohne die Vorteile einer engen internationalen Zusammenarbeit zu verlieren. Nur muß in dieser Hinsicht das Marineprogramm unseres gegenwärtigen Staatssekretärs für die Marine, Daniels, als ein verhängnisvolles und kostspieliges Spiel angesehen werden. Sollte jemals dieses Programm zur Durchführung gebracht werden, so müßten wir als eine Nation von Karren gelten.

Die Stellungnahme Amerikas zur Entwaffnungsfrage.

Paris, 7. Januar. Die Radioagentur veröffentlicht folgende Depesche aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten prüft augenblicklich, welche Stellung sie offiziell einnehmen wird angesichts des Verlangens der französischen Regierung, von Deutschland die strikte Durchführung der in Spa vereinbarten Entwaffnungs-Klauseln zu fordern. Das Staatsdepartement habe seine Ansicht über eine eventuelle Befehung des Ruhrgebietes zu erkennen gegeben. Der Standpunkt der Vereinigten Staaten scheint über diesen Gegenstand der zu sein, daß Deutschland in dem Maße, wie es die Umstände ihm gestatten, abzurufen, und daß es gut sei, ihm eine neue Frist zu gewähren.

Bottschaft des Königs der Hellenen an die griechische Kammer.

Athen, 7. Januar. In einer Bottschaft an die Kammer spricht König Konstantin von der tiefen Dankbarkeit, die das gesamte Griechenland den Verbündeten für ihre Unterstützung schulde. Die Bottschaft spricht dann von den für die Entwicklung des Landes notwendigen Reformen und drückt die Überzeugung aus, daß der Hellenismus mit Begeisterung und großer Sicherheit den Kampf in Kleinasien durchführt werde. Der Hellenismus sei fest entschlossen, loyal mit den verbündeten Mächten zusammen zu arbeiten, um ihr Vertrauen zu gewinnen und bessere Beziehungen zu ihnen herbeizuführen. Weiter behandelt die Bottschaft die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Serbien und die Heiratspläne, welche die Herrscherfamilien in Griechenland und Rumänien eng miteinander verbinden sollen. Sie ersucht schließlich den Segen des Himmels zum Gelingen der Aufgaben, die der König sich gesetzt habe.

Antibolschewistische Bewegung im Kaukasus.

Tiflis, 7. Januar. Hierher gelangte Meldungen berichten, daß sich in den östlichen und nördlichen Bergen eine antibolschewistische Bewegung geltend mache. Sie soll den Bolschewisten bereits 4000 Tot-, 100 Maschinengewehre und 6 Kanonen geliefert haben.

Die katastrophale Wirtschaftslage Polens.

Berlin, 7. Januar. Die „Germania“ entwirft auf Grund der Äußerungen polnischer Blätter der verschiedensten Richtungen ein anschauliches Bild über die katastrophale Wirtschaftslage Polens. Wöchentlich können auf den Kopf schon lange nur noch zwei Pfund Brot verteilt werden. Ein Laib Brot kostete am 27. v. M. in Warschau 150 R., ein kleines Weiden 20 R. In Krakau kostete nach Wechsel des Stadtrates am 28. v. M. ein Kubikmeter Gas 10 R. Nach der Warschauer „Miezopospolita“ vom 22. v. M. kostete ein Kilo Gramm Baumwolle 1000 R., ein Dutzend Strümpfe 25 000 bis 40 000 R., ein Pfund Sohlenleder 3400 R.

Augusto Ciuffelli †

Rom, 6. Januar. Der Vizepräsident der Kammer und frühere Minister Augusto Ciuffelli ist gestorben.

Augusto Ciuffelli, der ein Alter von fast 70 Jahren erreicht hat, begann seine staatsmännische Laufbahn als Unterstaatssekretär in einem Kabinett Giolitti, war Minister im Kabinett Zanussi von 1910 und gehörte der vor zwölf Jahren gegründeten demokratisch-konstitutionellen Partei an, die ihn 1914 in das Kabinett Salandra entsandte, aus dem er zwei Jahre später austrat, um Zivilkommissar für das Adigegebiet zu werden. Er machte aus seiner Österreich wenig freundlichen Gesinnung nie ein Geheimnis.

Wiederherstellung von Dampfern.

London, 6. Januar. Nach einem Brüssel Telegramm meldet „Daily Mail“ aus New York, die United States Mail Steamship-Company habe mit deutschen Werften einen Vertrag abgeschlossen über Wiederherstellungsarbeiten an früheren deutschen Dampfern im Betrage von 35 Millionen Dollar.

Die Konzessionen in Sowjetrußland.

DA. Moskau, 6. Januar.

In einer Unterredung mit Vertretern der ausländischen Presse äußerte Vizepräsident und Mitglied des Obersten Rates der Volkswirtschaft, Lomonosow, folgende Meinungen über die Konzessionen: Besonders Interesse für Westeuropa hat gegenwärtig die Konzessionsfrage. Sowjetrußland ist bestrebt, die normalen wirtschaftlichen Beziehungen mit Westeuropa wieder herzustellen. Wir sind davon überzeugt, daß wir imstande sind, dem verwüsteten Europa, das zum großen Teil seiner Rohprodukte verlustig gegangen ist, diese aus erster Hand zu liefern. Sowjetrußland ist so reich an Vorräten, daß es diese aus Mangel an Maschinen und Vorrichtungen nicht in vollem Umfang ausnützen kann. Ist uns an der Wiederherstellung normaler Beziehungen mit Westeuropa gelegen, so liegt dies ebenso im Interesse des Westens. Hätten wir keinen Bürgerkrieg, so genügen unsere eigenen Kräfte, um unsere Wirtschaft wieder hochzubringen, wie dies die erfolgreiche Arbeit im Donez-Becken beweist, wo die Produktivität schon gegenwärtig eine starke Steigerung erfahren hat. Allein, es ist unsere Überzeugung, daß dieser Prozeß immer noch zu langsam sich entwickelt, und so liegt sowohl uns, wie Westeuropa dessen Beschleunigung sehr am Herzen. Die Ereignisse unserer Revolution haben bewirkt, daß das ausländische Kapital uns nicht sonderlich vertraut, da es von der Vergeßlichkeit unserer Wirtschaft sozialistische Maßnahmen befürchtet. In dieser Beziehung ist im Dekret des Rates der Volkskommissare über die Konzessionen sicherste Gewähr dafür geboten, daß die Unternehmungen der Konzessionäre weder nationalisiert, noch konfiszieren werden. Diese Gewähr genau und ohne Einschränkung durchzuführen, ist die Sowjetregierung fest entschlossen, solange die ausländischen Verträge und Beziehungen bestehen. Weiterhin werden dabei auch wirtschaftliche Ziele ins Auge gefaßt, da Westeuropa seinen Mangel an Rohprodukten und zum Teil auch, was für Sowjetrußland besonders wünschenswert war, an Fabrikationswaren decken könnte; Sowjetrußland wiederum hätte den Vorteil, daß eine ganze Reihe Ortschaften zu neuem Leben erweckt würden und Industriezweige entwickelt würden, die andernfalls verkümmern müßten. Amerikanischer, englischer und deutscher Unternehmungsgeist würde es verstehen, diese Ortschaften aus ihrem Schummer aufzurütteln, was für uns von großer Bedeutung wäre. Für Europa wäre bei seinem Rückgang des Kohlen- und Metallgewinns um 50 Proz. und 30 Proz. der Zugang zu den reichhaltigen Auslands an betrieblicher Ausweg und würde den wirtschaftlichen Ausbau, der jetzt noch infolge des Mangels an Rohprodukten nur langsam von statten geht, in hervorragender Weise fördern. Die Kapitalisten verschiedener Länder gewinnen die Möglichkeit, ihr Vermögen günstig anzulegen, wobei der Gewinn verschiedener Unternehmungsgebiete verschieden ist.

Auf die Frage, wo die konzessionierten Kapitalien angewandt werden sollten, antwortete Lomonosow: Zunächst dort, wo unserer eigenen Arbeit die meisten Schwierigkeiten entgegenstehen, wie z. B. in den weitentlegenen Randgebieten Kamtschatka, den ungeheuren Waldgebieten der Flüsse Ob, Jenissei und Irtysh, in den an Erz und Metallen reichen Ebenen Sibiriens usw. Je höher die Technik der Produktion, desto höher die Gewinne der ausländischen Kapitalisten. Wie sind bereit, eine Verbilligung und gleichzeitige Verbesserung der Produktion durch eine höhere Bezahlung der Kapitalisten zu kompensieren.

Auf die neue Frage, welche Konzessionen für die nächste Zeit vergeben und vorgeschlagen werden sollen, antwortete Lomonosow: Vorläufig sind noch keine Konzessionen unterzeichnet und abgeschlossen. Vorhanden sind lediglich ausgearbeitete und fast abgeschlossene Projekte einiger Konzessionen. Unsererseits ist alles getan worden, um diese Projekte zu Tatsachen umzuwandeln. Bis jetzt sind folgende Verträge beschlossene: Die Konzession mit dem amerikanischen Bürger Goldstone über Einrichtung von Fabriken zur Herstellung von Getreidemehl aus der Pflanze „Baba“ im Alt-Kamengorskischen Rayon des Altmoinschen Gebietes in Sibirien. In dieser Konzession wird ein Gebiet von ungefäh-

60000 Takt auf 15 Jahre vergeben, wobei nur solche Leistungen vorgesehen sind, in denen die gesamte Pflanze verformt. Der Konzessionar ist verpflichtet, im Laufe eines Jahres nicht weniger als eine halbe Million Kub des Pflanzenextrakts zu liefern. Eine Erhöhung dieser Mindestzahl ist bei Einverständnis des Obersten Rates der Volkswirtschaft zulässig. Die zweite Konzession auf dem Gebiete der Herstellung von Holzspanen ist die beabsichtigte Konzession mit der Schwedischen Gesellschaft Almas Ewald Petrick & Wiedersheim, A.S.A. Gegenstand dieser Konzession ist die Herstellung von Kampfsprengstoffen „Engstrom“, von Generalatzen und anderen Präparaten der genannten Gesellschaft in Jaroslawa. Wie auch in anderen Konzessionen ist auch hier die Dauer genau festgelegt und die Regierung verpflichtet sich, mindestens drei Jahre vor Ablauf dieser Frist den Vertrag zu kündigen.

Die dritte Konzession, welche bereits in kapitalistischen Kreisen eifrig besprochen worden ist, ist die Konzession mit der Gesellschaft deutscher Farbstoff-Fabrikanten „Interessengemeinschaft zur Herstellung von Farben und pharmazeutischen Produkten“. Diese Konzession wird auf 20 Jahre gewährt, wobei die Konzessionäre verpflichtet werden, den Betrieb der Farbstoff- und Rohstoff-Fabrikation des Böhmerwaldes und Soda-Fabrikation, der Berliner und anderen Fabriken wieder in Gang zu bringen. Der Konzessionär ist verpflichtet, nach Verlauf von 5 Jahren bis zu 4.600.000 kg Farben und 815.000 kg pharmazeutischer Produkte jährlich zu liefern, wobei sie die Rechte hinsichtlich des unbehinderten Warenverkehrs zwecks Einführung neuer Maschinen und Einrichtungen usw. genießen, wie alle übrigen Konzessionäre. Dem Konzessionär stehen laut Vertrag 20 Proz. des Gewinnes seiner Fabrikate zu.

Die vierte in Charakter ähnliche Konzession ist die Konzession für die Lederfabriken der Firma W. Steinberg. Solcher Art sind die Konzessionen zur Verarbeitung von Holzprodukten. In erster Stelle stehen die Waldkonzessionen. Wir sind in der Lage, annähernd 140 Mill. Dehlinen Wald in Sibirien und Nordrussland zur Verfügung zu stellen, wobei das Holz ins Ausland möglichst in bereits verarbeitetem Zustande ausgeführt werden soll. Die Konzessionsgebiete sind schachbrettartig angelegt und sollen nach den neuesten Ertragsangaben der Technik bearbeitet werden, zu welchem Zweck Maschinen eingeführt und neue Wege angelegt werden sollen. Die Konzessionäre, die mit der Bearbeitung der Waldgebiete betraut werden, sind berechtigt, neue Eisenbahnen zu schaffen, sie mit anderen bereits vorhandenen in Verbindung zu bringen, Kanäle anzulegen und zu vertiefen, Fabriken einzurichten usw. Das Holz wird in verarbeitetem Zustande ins Ausland geschafft und nach Höchstpreisen in ausländischer Währung bezahlt, wobei nach Abzug der Transportkosten bestimmte Prozentsätze in ausländischer Valuta oder in ausländischen Fabrikaten der Sowjetregierung zur Entlohnung für die Konzession zur Verfügung bleiben. Die Waldkonzessionen können gewaltige Ausdehnungen annehmen. Gegenwärtig werden bereits mit Engländern Verhandlungen geführt über eine Konzession von 18 Mill. Dehlin, wobei die Angelegenheit bezüglich 5 Mill. Dehlin soweit gebunden ist, daß der Vertrag schon als abgeschlossen gelten kann. Der Termin der Waldkonzessionen wird voraussichtlich auf 60 bis 70 Jahre festgelegt werden. Ebenso ausschließlich ausgearbeitet und so abgeschlossen ist die Konzession des Handelskapitalen Syndikats auf Kamtschatka.

Besonders der Lage der Arbeiter in den Kon-

zessionsunternehmungen erlaube Remon, daß diese hinsichtlich der Versorgung, des Arbeitsschutzes, der Aufstellung von Löhnen und Lohnforderungen den in Sowjetrußland herrschenden Gesetzen unterliegen, obgleich die Konzessionäre das Recht haben, 50 bis 70 Proz. ausländischer Arbeiter zu beschäftigen. Diese Arbeiter werden ebenso versorgt, wie die übrigen Arbeiter Rußlands. In allen Fabriken müssen die Konzessionäre eine bestimmte Anzahl unserer Praktikanten zulassen, welche die Produktionsart hier erlernen sollen. Die Kapitalisten, die Konzessionen übernehmen, werden selbstverständlich in ihren Beziehungen zum Auslande in keiner Weise behindert und zur Geschäftsführung in kritischen Fragen werden Schiedsrichter eingesetzt. Remon schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Wirtschaftsleben sowohl Europas wie Rußlands auf diese Weise neues Leben gewinnen werde.

Die Kohlenforderungen.

Berlin, 6. Januar. Das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen zwischen den deutschen Delegierten und der Reparationskommission über die Regelung der deutschen Kohlenlieferungen nach Ablauf des Abkommens von Spa ist nach Mitteilung von zuständigen Stellen durchsichtiger und befriedigend. Die Reparationskommission hat in einer Note vom 27. v. M. der deutschen Kriegsausschüsse mitteilt, daß sie in Aussicht genommene Regelung folgendes mitteilt: 1. Mit Rücksicht auf die Transportschwierigkeiten besteht die Möglichkeit, die Kohlenlieferungen in den deutschen Kohlenlieferungen auf Grund des Abkommens von Spa. Sie sei damit einverstanden, daß diese Kohlenlieferungen in den Monaten Februar und März mit je 250.000 t je Monat ausgeführt werden, die in diesen Monaten ohne Anrechnung auf die sonstigen Lieferungen vorweg zu liefern seien. 2. Für die Monate Februar und März 1921 soll Deutschland außer diesen Kohlenlieferungen 2,2 Mill. t monatlich liefern. Der Teil dieser 2,2 Mill. t, der von Deutschland trotz aller Bemühungen aus irgendeinem Grunde nicht abtransportiert werden könne, solle zur Befriedigung der Reparationskommission gelagert und später nach den Wünschen der Kommission beschleunigt abtransportiert werden. Geschiehe das, so werde das einer Erfüllung der Lieferungen in den Monaten Februar und März gleichgeachtet werden.

Staatssekretär Bergmann hat darauf auf Anweisung der deutschen Regierung der Reparationskommission mitteilt, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage sei, sich mit dieser Regelung einverstanden zu erklären, vielmehr lägen der Reparationskommission in eingehenden Verhandlungen dargelegten Standpunkt, daß die deutsche Leistungsfähigkeit nicht einmal an die in Spa festgesetzten Mengen heranreichte, aufrechtzuerhalten müsse.

Wie werde bis spätestens Mitte Januar eine zusammenfassende Darlegung dieses Standpunktes übermitteln. Es handelt sich dabei um eine bereits seit langem in Vorbereitung befindliche Denkschrift über die Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa.

Belauulich hatte die deutsche Regierung in Voraussicht der seit November bestehenden Transportschwierigkeiten, um jede Möglichkeit zu versuchen, die in Spa übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, im Oktober das Lieferverbot von 2 Mill. t erheblich überschritten. Der abnorme Zustand des Rheins und die dadurch herbei-

geführte Verschärfung des auch bei normalen Verhältnissen im letzten Halbenbriertjahr des Jahres regelmäßig eintretenden Wagenmangels haben trotz dieser Verfügungen die Unmöglichkeit herbeigeführt, die in Spa abgenommenen und gegen bessere Überzeugung übernommenen Verpflichtungen auf Lieferung von 2 Mill. t ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitstage im Monat zu erfüllen. Die Klagen der deutschen Industrie, namentlich der Metall- und Textilindustrie, der chemischen Industrie usw. über unzureichende Versorgung dauern trotz der gegebenen Förderung und gegen bessere Überzeugung übernommene Verpflichtungen auf Lieferung von 2 Mill. t ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitstage im Monat zu erfüllen. Die Klagen der deutschen Industrie, namentlich der Metall- und Textilindustrie, der chemischen Industrie usw. über unzureichende Versorgung dauern trotz der gegebenen Förderung und gegen bessere Überzeugung übernommene Verpflichtungen auf Lieferung von 2 Mill. t ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitstage im Monat zu erfüllen.

Statt diese Tatsachen durch eine vernünftige Begrenzung ihrer weiteren Lieferungen zu berücksichtigen, wird von uns nicht nur die restlose Nachlieferung alles dessen verlangt, was wir ohne unser Verschulden nicht Ende Januar werden abgeliefert haben, sondern wir sollen und sogar damit einverstanden erklären, diese Lieferungen noch selbst über die trotz aller Anstrengungen nicht erreichte Liefermenge des Abkommens von Spa zu erhöhen.

Dazu kommt, daß gleichzeitig Anstrengungen im Gange sind, entgegen der und von Lloyd George und Delacroix in Spa in feierlichster Form gegebenen Forderung, uns die Kohlenlieferung aus Oberschlesien, deren erhöhte Inanspruchnahme für Deutschland während des Spaabkommens bisher kaum stattgefunden hat, noch weiter zu fördern. Ferner besteht auf verbündeter Seite bisher so gut wie keine Reizung, die Kohlenlieferungen, ja selbst die Goldmarkprämien weiter zu zahlen, deren Bewilligung einer der wichtigsten Gründe dafür war, daß wir schließlich dem Abschluß des Kohlenabkommens von Spa zugestimmt haben.

Die deutsche Regierung wird alles versuchen, um auf Grund eingehender sachlicher Darlegungen die Verbündeten davon zu überzeugen, daß die jetzt von der Wiedergutmachungskommission aufgestellten Forderungen weit über das Maß des Möglichen und Vernünftigen hinausgehen.

Sachsen und die Bamberger Finanzkonferenz.

Dresden, 6. Januar. Die „Dresdener Volkszeitung“ meldet: Finanzminister Heldt führt heute in Begleitung der Geheimräte Heßlich, Florey und Leifer zur Konferenz der Finanzminister nach Bamberg. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen 11 Punkte, welche die Regelung der schwebenden Steuerfragen zwischen dem Reich und den Ländern betreffen. Außerdem wird Minister Heldt die übrigen sächsischen Finanzminister zu bewegen suchen, Sachsen in bezug auf die Kosten für die Erwerbslosenunterstützung zu entlasten. Leider waren bisher die Länder nicht geneigt, einem Lohneausgleich zuzustimmen, so daß Sachsen immer noch unter der Last dieser Last leidet, daß es bei großer Wirtschaftnot die größte Zahl der Erwerbslosen und somit die höchsten Kostenbeiträge dafür aufzubringen hat, während Bayern, Mecklenburg, Oldenburg, Anhalt und andere Länder nur sehr wenig Gelder für Erwerbslosenunterstützungen brauchen. Offenlich ist der Schritt des sächsischen Finanzministers endlich von Erfolg begleitet.

Die Notlage der Geistesarbeiter.

Berlin, 6. Januar. Vor kurzem veranstaltete eine Vereinigung akademisch gebildeter Lehrer in Berlin unter ihren Mitgliedern eine Kundfrage

über ihre gegenwärtigen Lebensbedingungen. Besragt wurden 2000 Hochschullehrer und 2000 Nicht-Hochschullehrer. Es antworteten 1800 der Befragten, darunter 1600 Hochschullehrer. Bei 141 von ihnen reicht das Einkommen zur Deckung der Lebensbedürfnisse aus, wenn sie sich sehr einschränken. Auf Nebenverdienst angewiesen sind 1000, auf Zuschuß von Angehörigen über 500, und bei fast 150 müssen die Kinder mitarbeiten. Fast 900 mußten Schulden machen, 300 haben notwendige Möbel verkauft, 700 veräußerten andere Vermögenswerte. Fast 250 konnten keine Kosten kaufen, 400 fanden trotz beschränkter Ausgaben keinen Nebenverdienst, 200 können aus Schwäche, hervorgerufen durch Unterernährung, keine Nebenarbeit tun, mehr als 200 leiden an schweren Erkrankungen als Folge von Unterernährung. Die Befragten sind nur ein kleiner Bruchteil der geistigen Arbeiter, und sie sind bestbesoldete. Wie mag es erst in den Haushaltungen der vermögungslosen Angehörigen der freien Berufe aussehen?

Allmähliche Auflösung der Einwohnerwehren.

Paris, 6. Januar. Der Londoner Vertreter des „Matin“ will aus unterrichteten englischen Kreisen erfahren haben, man sei englischerseits geneigt, die Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen in je drei Perioden von drei Monaten auflösen zu lassen, jedoch also die gesamten freiwilligen Verbände in Deutschland Ende 1921 verschwinden würden.

Der Hamburger Metallarbeiterausstand.

Hamburg, 6. Januar. In dem Hamburger Metallarbeiterstreik bemühte sich ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bisher vergeblich, eine Einigung zu erzielen.

Die Streikbewegung im Ruhrgebiet.

Berlin, 6. Januar. Zur Arbeiterbewegung im Ruhrgebiete erfahren verschiedene Blätter, daß der Bergarbeiterstreik auf der Höhe des Wälsheimer Bergwerksstreiks beendet sei, nachdem die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zu einer Einigung geführt hätten. Eine Begehung der Streikfrage erfolgt nicht. Der Ausschuss in der August-Thyssen-Hütte in Hamborn dauert noch an.

Abrücken von den Kommunisten in Flensburg.

Berlin, 6. Januar. Gestern abend lagte in Flensburg eine von 400 Delegierten besetzte Sitzung der Verbände der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei sowie der Unabhängigen und der Vertreter der Betriebsräte. Wie der „Vorwärts“ berichtet, wurde mit ähnlichen gegen neun Stimmen eine Entschließung angenommen, in der jegliches ferneres Zusammenarbeiten mit den Kommunisten abgelehnt und zum Ausdruck gebracht wird, daß das Verhalten der Sozialisten gegen die Gewerkschaften nicht nur dem Wohl der Arbeiter, sondern auch dem Wohl der Nation schädlich und geradelt sei. Außerdem wurde die Auflösung des revolutionären Arbeiterkongresses und die Wahrnehmung der Interessenvertretung der Erwerbslosen durch Vertreter der freien Gewerkschaften gefordert. Der Bezirksverband der sozialdemokratischen Partei in Schleswig-Holstein erließ zu gleicher Zeit einen Aufruf in demselben Sinne wie die Flensburger Partei- und Gewerkschaftsvertreter. Die einzig Schuldigen an dem Flensburger Streik sind die verantwortlichen kommunistischen Drahtzieher, von denen die Sozialdemokratie abzutrennen habe.

Wissenschaft und Kunst.

Opernhaus. (Vorhänge „Farr und Zimmermann“; Karl Schellenberg a. G.) Die vom Stadttheater in Hagen i. W. kommende junge Sängerin sollte vornehmlich die Marzelline im „Fidelio“ singen. Nach ihrem gestrigen Auftreten als Marie wird man sagen müssen, sie hätte sie nicht singen können. Ihr Gesang mied durchaus operettmäßig an, und in Verbindung mit ihrer lächerlichen Spielbegabung würde er in diesem Genere ihr wohl noch am nächsten zu Erfolgen verhelfen. Für unsere Bühne bedeutet ihr Auftreten ein erfolgloses Gastspiel mehr. D. S.

Wissenschaft und Technik. Wie einem der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ zur Verfügung gestellten Bericht des Deutschen General-Konsulats für Niederländisch-Indien zu entnehmen ist, soll von nun an den Regierungs- und Militärärzten, die ohne holländische Approbation eingesetzt werden, gewährt werden, daß sie nach Ablauf von mindestens drei Jahren ihre ärztliche Praxis in ganz Niederländisch-Indien ausüben dürfen. Dadurch wird den deutschen Ärzten, die sich nach diesen Gebieten wenden wollen, die Möglichkeit erwirkt, vorläufiglich schnell eine gute Privatpraxis zu bekommen. In Niederländisch-Indien besteht nämlich Ärztemangel, und da das holländische Angebot nicht ausreicht, muß man von überall für Regierungskräfte anwerben.

— In den verhängnisvollsten Folgen der Hungerkatastrophe schützte bekanntlich die gewaltige Zunahme der Erkrankungen- und Todesfälle an Tuberkulose in den letzten Kriegsjahren: Die am Regierungskanzler Prof. Dr. W. Höllers vom Reichsgesundheitssamt in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ betont, hat die Tuberkuloseerkranklichkeit seit der zweiten Hälfte des Jahres 1919 in Deutschland langsam wieder abgenommen und läßt sich langsam den Zahlen der Vorkriegszeit.

— A. H. aus Berlin wird uns geschrieben: Deutlichem Verständnis ist es gelungen, ein Telefon, d. h. also einen Hörer (denn der Sprachmann versteht) unter diesem Wort nur den schallbildenden Teil, den aufnehmenden nennt er Mikrophon) von so kleinen Abmessungen zu bauen, daß es unmittelbar in den Gehörgang des menschlichen Ohrs eingeführt werden kann. Man muß sich, um das Verständnis der Wichtigkeit voll würdigen zu können, vergegenwärtigen, daß die Töne in einem solchen Apparat dadurch entstehen, daß eine Schallplatte von einem Elektromagneten in Schwingungen versetzt wird. Diese Schallplatten befinden bei dem gewöhnlichen Telefongeräten aus einem gewöhnlichen Eisen, bei den neuen Ohrsprechern dagegen aus tierischer Haut, die durch Ausleichen eines Platüchens befreit ist. Die Einwirkungen des Elektromagneten zugänglich gemacht wird. Die Schenkel des mit seinem Draht bewickelte Kupfermagneten stehen dem Ohrensprecher wie bei jedem anderen Telefon gegenüber. Dieser kleine Ohrsprecher ist keineswegs eine müßige technische Spielerei; er ist zunächst in den Dienst der Gehörleidenden gestellt worden. Man hat ja für Schwerhörige schon seit längerer Zeit eine Art kleiner Taschenfunksprecher gebaut, bei denen aber die beim Sprechen übertragene Schwingung durch die Luft übertragen wird und nicht als unumgängliche Hörer die Unausführbarkeit beeinträchtigt, weil sie außen am Ohr getragen werden mußten, entweder mit der Hand gehalten oder an einem federnden Kopffüßel befestigt. Die Ohrspecher stellen im Ohr selbst und der Ton entsteht dicht vorm Trommelfell in derselben Stärke und Deutlichkeit wie bei einem lautsprechenden Telefon. Die Erfindung des Ohrspechers kommt von der bekannten Elektrizitätsfirma Siemens & Halske.

Literatur. Aus Köln a. Rh. wird gemeldet: Im Schauspielhaus fand die Aufführung von Paul Bourget's dreitägigem Drama „Der Reher“ statt. Das Werk hat seines antikerischen Inhalts wegen (im Mittelpunkt der Handlung steht Giordano Bruno) zu Anfang der Spielzeit in der

Stadtverordnetenversammlung viel Staub aufgewirbelt; die Aufführung ist jedoch schließlich durch einen Kompromiß zustande gekommen. Bourget, ein Oberlehrer und als Sozialdemokrat Mitglied des Stadtraats, hat in seinem Drama keineswegs den Ideen- und Persönlichkeits-Konflikt des Titelhelden Giordano Bruno behandelt, sondern er bringt eine Episode, die, höchstlicher Phantasie entsprungen, sich nur an der Grenze weltlicher Erscheinung bewegt. Geschichtlich ist nur das Gerüst der Geschehnisse und der Ausfertigung Giordano Brunos, die übrige Fabel ist freie Erfindung. Donna Leonore, eine vornehme Beneizianerin, ist von transzendentalen Zuständen befallen worden, die ihrer Umwelt Rätsel aufgeben. Der Rat ist für Adreah, während die Kirche mehr zum Scheitern führt als Heilmittel zeigt. Um diese Frau bewirbt sich der Graf Moenigos, dem sein vornehmer Lebens gerade noch so viel Geld übriggelassen hat, um die Schulpfanne für Giordano Bruno zu bezahlen und ihn nach Venedig kommen zu lassen, damit er Donna Leonore heile und der Graf sich dann mit einer Heirat mit ihr saniere. Die Heilung geschieht durch Suggestion mit dem Erfolge, daß die Dame dem großen Reher in die Arme fällt. Diese Programmbildigkeit veranlaßt Moenigos, ihn fallen zu lassen. Giordano Bruno wird verhaftet, aber Donna Leonore bittet ihn scheinbar frei. Doch die Dominikaner lassen ihn an der Mole tercia aufhängen, um ihn gleich wieder gefangenzunehmen und nach Rom zu führen. Mit der letzten Auseinandersetzung zwischen Giordano Bruno und Leonore, die den Verrat Moenigos erkennen, endet das Stück. Das Drama (in Buchform als erste Veröffentlichung des Coales-Verlages Köln erschienen) hat dänischenwollame Stellen, ist jedoch literarisch ohne jede Bedeutung.

— Im Wiener Burgtheater erfolgte die Aufführung des ersten Werkes der Wiener Dramatikerin Elisabeth Reisinger. Ihr Name war bisher unbekannt. Der Rat des Direktors Heine ist um so mehr anzuerkennen, als die Dichterin ihrer Schicksalstragödie „Der Hof“ dem

Publikum wenig Zugewinn macht, und eigenwillig einen Persönlichkeitsstuck sucht. Die letzte Erbin eines alten Besitzums häuht sich auf gegen die Elftorei, in welcher der Reher seine Befreiung häut. Sie sucht ihn zu vernichten, geht aber selbst zugrunde. In der Durchführung ist alles auf gradlinige, scharfgrünliche Zeichnung gestellt. Extravaganziöse Elemente sind mit verworfen. Der Abend nahm einen sehr bewegten Verlauf. Nach dem dritten und vierten Akte wurde der Beifall den Widersprüch niedrigergeklungen.

— Aus Berlin wird berichtet: Der Einspruch der Direktion des Kleinen Schauspielhauses gegen die einstweilige Verfügung vom 23. Dezember, durch die — unter Androhung einer Haftstrafe von 6 Wochen — die Aufführung von Schillers „Reigen“ untersagt wurde, hat Erfolg gehabt: Die Verfügung ist aufgehoben worden. Diese Entscheidung ist von dem Vorsitzenden der gleichen Kammer des Landgerichts III bekanntgegeben worden, die am 23. Dezember die einstweilige Verfügung erlassen hat. Die Verschleppung der Urteile erklärt sich aus der Verschiedenheit ihrer Grundlagen. Die einstweilige Verfügung war getroffen worden auf Grund der Letzte des Buches, die Aufhebung der Verfügung auf Grund eines „Lokalangehens“ im Kleinen Schauspielhaus. Vorsitzender und Beisitzer der Kammer hatten einer Vorstellung des „Reigen“ beigewohnt. Das Landgericht III unterscheidet also zwischen Buch und Aufführung. Sie hatten beim Lesen der Schillerschen zehn Dialoge den Eindruck, daß ihre Darstellung auf der Bühne das stiltliche Empfinden verletzen würde; im Theater gewonnen die Richter die Überzeugung, daß die Aufführung gegen sei, auf hohem künstlerischen Niveau stehe und das stiltliche Empfinden nicht verletzen könnte.

Mußt. Aus Paris meldet man: Am Mittwochabend wurde, wie wir bereits kurz mitteilen, in der Großen Oper zum ersten Male nach dem Kriege eine Oper von Richard Wagner aufgeführt, und zwar die „Walküre“. Die Auf-

Die Hamburger Reeder und Antwerpen.

DA. Brüssel, 6. Januar. Der belgische Generalkonsul in Hamburg, Montant, hat vom Minister Jaspars den Auftrag erhalten, über die Schiffsverkehrsbeziehungen zwischen Antwerpen und Deutschland zu unterhandeln.

Die Einigung mit den Eisenbahnern.

Berlin, 6. Januar. Der Reichsverkehrsminister hat den aus den Verhandlungen des Staatssekretärs Stieker mit den Gewerkschaften des Eisenbahnpersonals am 5. d. M. hervorgegangenen Einigungsvorschlag über die Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Beamtengehältern und Arbeitergehältern genehmigt und der Reichsregierung zur Annahme empfohlen.

Vertrauenskundgebung für die Braunschweiger Regierung.

Braunschweig, 6. Januar. Der Landtag hat den Antrag der Parteien der Rechten auf Einsetzung eines Kontrollausschusses für die Aufstellung von Schutzpolizeibeamten, in dem die Regierung ein Misstrauensvotum erwiderte, und deswegen die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Aussperrung Leipziger Metallarbeiter.

Leipzig, 6. Januar. Der Verband der Metallindustriellen beschließt, wenn die Arbeit in den nächsten Tagen nicht in allen Betrieben aufgenommen wird, die gesamte Metallarbeiterchaft Leipzigs auszusperrten.

Ausland von Elektrikalmonteuren im Rheinland.

Essen, 6. Januar. In Bochum, Dortmund, Essen und Duisburg sind die Elektrikalmonteure wegen Tarifstreitigkeiten in den Ausland getreten.

Ausfahrungen in der Berliner Stadtherverordnetenversammlung.

Berlin, 7. Januar. In der Berliner Stadtherverordnetenversammlung rief die Ablehnung eines kommunalistischen Antrages, der die Einstellung des gegen die beschuldigten Elektrikalarbeiter eingeleiteten Verfahrens auf Dienstentlassung forderte, schwere Ausfahrungen der Tribünenbesucher hervor.

Unruhe in Oberschlesien.

Oppeln, 6. Januar. Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen legten der internationalen Kommission heute die angeblichen Sicherheitsverhältnisse eingehend dar und erklärten, daß die Unruhe in Oberschlesien unerträglich geworden sei.

Angelicht serbische Truppen auf Beglin.

Kon, 6. Januar. (Stefani.) Da gerüchelt wurde, daß serbische Truppen auf der Insel Beglin gelandet seien, wurde ein Torpedobootzerstörer dorthin entsandt.

v. Pilsudski in Paris.

London, 6. Januar. Die Times schreibt aus Anlaß des Besuchs des Marschalls v. Pilsudski in Paris: Der Marschall sei nicht eingeladen worden, nach England zu kommen.

Die Verurteilung von Mik Sildia Pantfur.

London, 6. Januar. Die Verurteilung von Mik Sildia Pantfur, die kürzlich wegen aufrührerischer Artikel in einem englischen kommunistischen Blatt zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist zurückgewiesen worden.

de Valera in England.

Paris, 6. Januar. Nach einer Habasmedung hat de Valera sich nach seiner Rückkehr aus Amerika mindestens drei Tage in Manchester aufgehalten.

Lloyd George und de Valera.

London, 6. Januar. Die Evening Standard schreibt, habe man in der Downingstreet erklärt, Lloyd George sei bereit, mit de Valera zu verhandeln, wenn er den Beweis erbringe, daß er die Mehrheit des irischen Volkes hinter sich habe und für sie sprechen könne.

Die Unruhen in Irland.

Cork, 6. Januar. Bei Canturof in der Grafschaft Cork wurden Soldaten von einer größeren Menge bewaffneter Männer angegriffen, konnten diese aber in die Flucht schlagen.

London, 6. Januar. Laut Daily Mail haben die englischen Streitkräfte bei Newmarket in der Grafschaft Cork fünf Häuser, aus denen Sineser geflohen waren, auf Befehl des Militärregiments zerstört.

Dublin, 6. Januar. Die Polizei verhaftete in der vergangenen Nacht den Sineserabgeordneten für Cork, James Walsh, der vor 1 1/2 Jahren aus dem Gefängnis entwichen war.

Ein Komplott der Sineser.

London, 6. Januar. Daily Express berichtet, die Polizei habe ein Komplott der Sineser aufgedeckt, das bezwecke, den Tower in die Luft zu sprengen.

Die Verringerung der russischen Armee.

Moskau, 6. Januar. In seiner letzten Rede auf dem Allrussischen Parteitag u. a. hat die russische Regierung erklärt, daß die Verringerung der Armee auf die Hälfte zu verringern, vorausgesetzt daß sich keine Komplikationen einstellen.

Keine politische Zensur in Rußland.

Moskau, 6. Januar. Auf die Bedingung der norwegischen Regierung, daß die Depeschen keine politische Propaganda enthalten dürfen, hat der Reichskanzler Ladowitsch geantwortet, daß in Rußland keine politische Zensur bestehe.

Die Verschiebung der Brüsseler Konferenz.

London, 6. Januar. Das Reutersche Bureau meldet zu der Nachricht über einen etwas späteren Zusammentritt der Brüsseler Sachverständigenkonferenz: Die Verschiebung hänge damit zusammen, daß Lord Aberdeen während der ganzen Zeit, in der die Frage der Entwaffnung Deutschlands geprüft würde, in London bleiben müsse.

Keine Strafverfolgung gegen den ehemaligen belgischen Ministerpräsidenten de Broqueville.

Paris, 6. Januar. Nach einer Meldung aus Brüssel hat die Kammerkommission, welche die Frage zu prüfen hat, ob der ehemalige Ministerpräsident de Broqueville im Falle Coppes gegen die Interessen des Staates gehandelt und empfangen habe, zugunsten des Freundes während des Krieges Befreiungen zu machen, gestern eine Entscheidung getroffen.

Eine Operation der Königin-Mutter in den Niederlanden.

Haag, 6. Januar. Nach einer Meldung des Korrespondenz-Bureaus wurde die Königin-Mutter heute im Palais operiert. Die Operation verlief gut.

Kongress der Wiederaufbauer der mittleren Richtung der Sozialisten.

Paris, 6. Januar. Die Petit Journal meldet, wird am 13. Februar d. J. ein Kongress der sogenannten Wiederaufbauer der mittleren Richtung der Sozialisten in Paris abgehalten werden.

Der Befreier Albanens.

DA. Rom, 6. Januar. Ademi Rastan, der Mörder Ghas Paschas, der kürzlich von den Pariser Gerichten freigesprochen wurde, ist in Balona eingetroffen, wo ihn die Bevölkerung härmlich als Erretter und Befreier Albanens feierte.

Die rumänische Königsfamilie in Athen.

Athen, 6. Januar. Die rumänische Königsfamilie wird heute in Athen erwartet.

König Konstantin bei Eröffnung des griechischen Parlaments.

Paris, 6. Januar. Nach einer Mitteilung aus Athen vom 4. d. M. wird König Konstantin in Begleitung der Königin Sophie der Eröffnung des Parlaments beiwohnen.

Die spanische Thronrede.

Madrid, 6. Januar. Bei der feierlichen Eröffnung der Kammer verlas der König eine Thronrede, in der er die guten Beziehungen hervorhebt, die Spanien mit allen Ländern verbindet, und besonders der innigen Bande zwischen den südamerikanischen Republiken und dem Mutterlande gedenkt.

Eine internationale Verkehrskonferenz in Barcelona.

Paris, 6. Januar. Ende Februar wird in Barcelona eine vom Völkerbund einberufene internationale Konferenz zusammengetreten, auf welcher der ehemalige französische Minister des Auswärtigen Janoining den Vorsitz führen wird.

führung, die sich ohne Störung vollzog, gestattete sich zu einem theatralischen Ereignis ersten Ranges. Das Haus war überfüllt und der Andrang so stark, daß die republikanische Garde aufgeboten werden mußte, um Personen, welche sich gewaltsam Eintritt verschaffen wollten, abzuwehren.

theaterbetriebs und weiter ferner zunächst für die Spielzeit 1920/21 die Angliederung des Theaters an der Seite beschlossen worden. Das Spezialbudget weist folgende Posten auf: Stadttheater am Wall: 1.144.188 M., Stadttheater an der Seite: 927.000 M., Sächsisches Hoftheater: 1.015.631,48 M.

einommen mit Max Reinhardt ist nunmehr abgeschlossen worden. Reinhardt wird im Frühjahr seine Tätigkeit in Wien aufnehmen.

Kimpel, Stefano Colonna — Georg Jottmayer, Adriano — Helena Forti, Paolo Desini — Rudolf Schmalzauer, Naimondo — Julius Buttlig, Beroncelli — Hans Lange, Cecco del Vecchio — Ludwig Ermold, Friedebald — Grete Kemmer-Ritsch, Gerold — Friedrich Höpfel. Musikalische Leitung: Fritz Reiner. Spielleitung: Georg Toller. Beginn 5 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen.

bundes, -Amerika und die Staaten teilnehmen, denen man in Genf gestattet hat, sich an den technischen Beratungen zu beteiligen. Deutschland kommt also für die Konferenz nicht in Frage.

Kommunistenpläne in Norwegen.

DA, Christiania, 6. Januar. Die Polizei in Christiania ist in den Besitz eines Operationsplanes der norwegischen Kommunisten gelangt, der angeblich die Revolution in allen Einzelheiten vorbereitet. Nach diesem Pläne wollten die Revolutionäre bei der ersten günstigen Gelegenheit die Holzlagerplätze im Stadtviertel Oslo in Brand stecken und unter dem Schutze der Rauchentwicklung und der allgemeinen Verwirrung die Telegraphenämter und Polizeiwachen besetzen. Sodann wollten sich die Kommunisten aller Mitglieder der Regierung und namhafter politischer Persönlichkeiten verschern. Wenn dies geschehen, sollte ins ganze Land hinaus telegraphiert werden, daß Christiania in der Hand des Proletariats und die Regierung gefangen sei. Ein Volksgesetz sollte die Regierungsgewalt übernehmen und mit der Besetzung Christianias die Revolution in ganz Norwegen entfachen.

Die Umgestaltung des Ministeriums Leygues.

Paris, 6. Januar. „Zeit Parisien“ erklärt, daß die Mitteilung, Ministerpräsident Leygues denke an eine teilweise Umgestaltung seines Ministeriums, nicht den Tatsachen entspreche. Nur wenn einer der zur Wahl in den Senat gehenden Kandidaten aus dem Kabinett am Sonntag durchfallen werde, würde er noch den bestehenden Bestimmungen auszufolge haben.

Kreditplan für den Handel in Mitteleuropa.

London, 6. Januar. „Daily Mail“ teilt mit: Der gegenwärtig von der englischen Regierung in Erwägung gezogene Kreditplan für den Handel mit Mitteleuropa bezweckt die Errichtung eines Ausschusses aller beteiligten Bankiers und Versicherungsgesellschaften. Die Regierung werde 13 Millionen Pfund zur Verfügung stellen. Wenn der Plan erfolgreich wäre, rechne man damit, daß der Betrag des Kapitals sich auf 100 Mill. Pfund erhöhen werde.

Der Orden der roten Fahne.

Moskau, 6. Januar. Der Kätefongret hat u. u. den Antrag Pylow's angenommen, für Erfolge an der Arbeitsfront den Orden der roten Fahne zu stiften.

Die Ueberfahrt des kanadischen Geschwaders nach dem Stillen Ozean.

London, 6. Januar. Wie „Daily Mail“ aus Ottawa meldet, erklärte das Marineministerium, daß kanadische Geschwader habe lediglich eine Ueberfahrt nach dem Stillen Ozean angetreten. Die Ueberfahrt, müsse bereits festgestellt werden, daß die kanadischen Schiffe sich mit den amerikanischen und australischen Flotte vereinigen sollten, sei absurd.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

In der Wiedergabe der gestrigen Meldung „Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen“ sind durch Förtfehler einige Unrichtigkeiten unterlaufen. Wir geben deshalb im folgenden die Meldung noch einmal wieder:

(N.) Das Reichsfinanzministerium hat neuerdings angeordnet, daß Beschlüsse, durch die Gemeinden, die Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen einführen, zunächst dem Landesfinanzamt vorzulegen seien. Wenn sie dem zur Ausführung berufenen Finanzamt zugingen, müsse bereits festgestellt werden, daß das Landesfinanzamt von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht habe oder machen wolle. Gemeindevorstände, in denen das erst nach Ablauf der für Mitteilung an das Finanzamt gesetzten Frist festgelegt werden könne, müssen daher unverzüglich bleiben, auch wenn sie selbst dem Finanzamt noch vor Fristablauf zugewandten seien. Die Frist ist für das Rechnungsjahr 1920/21 bis zum 31. Januar 1921 verlängert worden.

Wannigfaltiges.

Dresden, 7. Januar.

In der gestrigen **Stadtverordnetenversammlung** wurden zunächst die Wahlen des Vorstandes und der Ausschüsse glatt erledigt. Durch Zuruf wurden wiedergewählt als 1. Vorsitzender Finanzminister A. D. Richter, als 2. Vorsitzender Kaufmann Schmidt und als 3. Vorsitzender Hofrat Holt. Die Gewählten nahmen die Wahl dankend an, worauf als Schriftführer wieder bezufen wurden Bezirkssekretär Rahn, Buchhalter Fischer, Rechtsanwalt Böhmann und Lehrer Gläus. Zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses wählte die Versammlung den Stadtverordneten Wahlreferendar Oetzel, zum Vorsitzenden des Finanz-Ausschusses den Schriftführer Hofrat Holt, zum Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses den Geschichtsforscher Heim, zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses den Schriftführer Rechtsanwalt Böhmann und zum Vorsitzenden des Wahlausschusses den Privatmann Schnabel. Unter den Eingängen befand sich ein Schreiben der Stadtverordneten Frau Dr. Georgi, in dem sie mitteilte, daß sie infolge der Übernahme einer Stellung in Nürnberg ihr Amt niederlegen müsse, sowie ein Dankschreiben des Bürgermeisters Dr. Krehshammer für die Verleihung der großen goldenen Ehren-

denkmünze. Weiter stand noch auf der Tagesordnung ein Antrag des Stadtverordneten Rechtsanwalt Kohlmann und Genossen, betreffend die Getreidebeschleißerangelegenheit. Nach einer kurzen Aussprache wurde der Antrag teilweise angenommen und teilweise den vereinigten Ausschüssen zur Prüfung überwiesen.

In der **Bewertungsstelle** des Vereins Heimatkund für die Stadt Dresden, Moritzstraße 5, III, finden am 11., 12. und 14. d. M. von 1/4 bis 1/2 Uhr neue **Lehrgänge zur Anfertigung von Straßen- und Hauszettelkarten** statt. Anmeldungen zu diesen Kursen, die 8 bez. 10 M. kosten, werden wochentags von 8 bis 3 Uhr in der Bewertungsstelle entgegengenommen. Am 21. Februar findet ein neuer **Lehrgang für Hauszettelkarten** statt, der drei Monate dauert und 45 M. kostet. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

Nach Ministerialbeschluss findet die **Umwandlung der Seminare Ostern 1921 noch nicht statt**. Es werden darum für das nächste Schuljahr wie bisher 13-jährige Knaben aufgenommen, die sieben Jahre das Seminar besuchen und dann ohne akademisches Studium in den Schuldienst eintreten können. — Anmeldungen werden nunmehr bei den Seminardirektionen entgegengenommen.

Die **Beratungsstelle** für ausweichende Wehrmachtangehörige (Berater) und zugleich die **Zweigstelle** des Arbeitsnachweises für Offiziere befinden sich von jetzt ab Große Roßbergstraße 4 (ehemaliges Generalkommando).

Im Bezirk der **Antikshauptmannschaft Dresden-Kenau** werden folgende: Abschnitt 67 der gelben **Rahmmittekartente A** mit 1 Pfd. Griech., Abschnitt 67 der roten **Rahmmittekartente B** mit 1/2 Pfd. Feigwaren, Abschnitt 67 der grünen **Rahmmittekartente C** mit 1/2 Pfd. Feigwaren, Abschnitt 67 der blauen **Rahmmittekartente D** mit 1/2 Pfd. Griech., Abschnitt 65 der weißen **Wrotaufmarktkartente** mit 1/2 Pfd. Auslandsmarmelade, Abschnitt 65 der rosa **Wrotaufmarktkartente** mit 1/2 Pfd. Auslandsmarmelade. Die Anmeldefrist der Verbraucher hat spätestens bis zum 11. d. M. in einem Kleinhandelsgehefte zu erfolgen.

Dem Verein Heimatkund für die Stadt Dresden sind von einem ungenannten Wohltäter 35.000 Mark zur Verwendung für Kriegsblinde überwiesen worden.

Im **Zirkus Sarrasani** widelt sich vor den Augen der Zuschauer in bewundernswürdiger Schnelligkeit ein **Wochenprogramm** ab. Nach dem Abschluß des Wäspels des Zirkus Wäsp hat Direktor Hans Stösch-Sarrasani die Leitung des Dresdner Unternehmens wieder selbst übernommen. Ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß die Kunst der Ringe die vollständigste aller Unterhaltungen ist, hat Direktor Stösch seine finanziellen Opfer gescheut, um in Dresden wieder eine mustermäßige Zusammenfassung der Showswürdigkeiten auf allen Weibeln der Zirkuskunst zu bieten. So hat er für die Freiheitsdressuren den Zirkus Hermann Althoff, für die Reitskulte den Zirkus Josef Holzmüller und für die Vorstellungen der wilden Tiere die Raubtierchau Schneider gewonnen. Da auch eine Reihe erstklassiger Künstler des Auslandes verpflichtet worden sind, so kann man sagen, daß der Zirkus Sarrasani zum ersten Male ein wahres Friedensprogramm aufzuweisen hat. Die vierfache Völlige der Geschwister Holzmüller entrollt sogleich ein edles Zirkusbild. Dann folgt als komischer Auftakt das Auftreten der Späsmacher Tom-Tom und Frey. Ein eigenartiges Dressurstück ist die gemeinsame Vorführung eines Pferdes mit einem Häffel durch Direktor Josef Holzmüller. Auch die vier dressierten Kamelle, die Hr. Nitow leitet, rufen berechtigtes Erstaunen hervor. Ein Beispiel edler Reitskulte bietet der Reittanz der Geschwister Holzmüller. Mit dem Wunderpferd Tony erreicht der Clown Barna Gewandernung. Eschlaffig sind die von Hr. Nitow vorgeführten Freiheitsdressuren. Die Kleinfamilie und die Weitons haben sich zu einem eindrucksvollen Auftakt verbunden. Eigenartig und fesselnd ist die Vorführung dressierter Gänse, Schweine und Esel durch den Clown Jakob Althoff. Eine Glanznummer bieten die **Fantasien**, die auf dem Gebiete der Akrobatik noch nie dagewesenes leisten. Bewundernswert ist die **Armut**, mit der die Mitglieder dieser Truppe ihre Übungen ausführen. Frau **Winnie Nitow** kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, als erste Dame ein paar **Elefanten** dressiert zu haben. Unter ihrer Leitung entwickeln die schwerwichtigen **Tierkünstler** bei ihrer Vorführung den hohen Grad der Intelligenz, den man dem Elefanten nachspricht. Der bekannte **Lurmläuser Piepelt**, der im Jahre 1914 den Rheinfall bei Schaffhausen auf dem Seil überquerte, kehrt das Angebot, was auf dem Gebiete des Seillaufs bisher geleistet worden ist. Beispielsweise sieht man mit einem Gefühl des Grauens ihn auf einem **Rad über das turmhöhe Seil vor- und rückwärts fahren**. Entzünden erregt die **Patilische Löwengruppe** des Kapitäns Schneider. Die 25 Löwen, die sich in die Manege drängen, stehen scheinbar mit ihrem Herrn und Meister auf einem vertraulichen Fuß. Die Schen, die sich in den Geschlechtern der sonst gezeigten, durch Stachel und Pistole eingeschüchterten **Raubtiere** ausdrückt, ist **Schneiders Löwenstern**. Man hat das große Vergnügen, die Tiere in **zwanglos gemessenen** zu beobachten. Großartig ist die **Fütterungsszene**, in der Kapitän Schneider seine **Unterworfenheit** beweist. In den nächsten Tagen wird die **Spielserie** noch durch eine **Glanznummer** vermehrt werden. Der **Franzose Diavolo** wird auf einer nicht geschlossenen Schiene auf dem **Rad** seine **kühne Schieffahrt** auf-

führen. Es kann, nachdem das **waghalles Kunststück** bereits in einer geschlossenen Vorstellung gezeigt worden ist, bereits jetzt verraten werden, daß mit dieser Nummer den **Dresdnern** etwas ganz **Herborragendes** geboten werden wird.

Der zum **Rektor** der **Oberrealschule** gewählte **Hr. Oberstudienrat Dr. Besser** wird nächsten **Montag**, den 10. Januar, vormittags 9 Uhr im **Rektoresaal** der **Oberrealschule**, **Marxstraße 18**, feierlich in sein **Amt** **eingeweiht** werden.

Die **Glodenweihe** der **Jakobi-Kirche** findet am **Sonntag**, den 9. Januar, im **Roemittags-gottesdienste** statt. Die **formschönen**, **sonnigen** **Gloden** sind vom **Hochmutter Verein für Bergbau** gesponnen und dort auch auf ihre **Wangwirkung** geprüft worden. Nach **über dreijähriger** Pause, wo nur noch die **verbliebene** **kleinste** **Glode** des **alten** **Geläutes** vom **Turme** erklang, können nun die **Jakobi-Gemeinde** und ihre **Freunde** die **neuen** **Gloden** mit **dankbarer** Freude begrüßen. Um die **Neugewinnung** der **Gloden** hat sich der **Kirchen-voesher** **Stadtsanammann** **Louis** große **Verdienste** erworben.

Das **Grand-Union-Hotel** am **Hauptbahnhof** ist von seinem **jetigen** **Besitzer** **Hrn. Ernst** **Rinder** mit **Beginn** dieses Jahres an die **Kfinggesellschaft** **Victoria** **verkauft** worden. Der **Hoteltreibet** soll **bereits** am **31. Januar** **eingestellt** werden.

Nadrows Handels- und Sprachschule veröffentlicht im **Anzeigenteil** den **Beginn** der **nächsten** **Tages- und** **Abendkurse** in **Stenographie**, **Handelslehre** und **Sprachen**.

Auf der **Bühne** der **Kleintheater** findet **Erich** **Kerker** mit **Weschnad** die **Künstler** an, von denen **Christa** und **Eva** **Burgas** mit **treflich** **gesungenen** **Quetten** **lebhaft** **Beifall** finden. Der **Handschattenkünstler** **C. D. Wyl** weis gar **lustig** die **Tiere** des **zoologischen** **Gartens** und auch **sonstige** **Typen** im **Schattenbild** erscheinen zu lassen. Die **Tanzkünstlerin** **Elvira** **Ezidor** von der **Budapest** **Oper** wetzelt im **ungarischen** **Tanz** über die **Bühne** als **Dabalte** und schließlich in einem **Costagewinn-** **tanz**. **Welsch** **erfolgreich** **ist** **Else** **Leonardi**, die mit **wohlklingender** **Stimme** **Lieder** **singt**. Der **sächsische** **Komiker** **Richard** **Heinemann** versteht es, **vortreflich** zu **unterhalten**. **Erlich** **Kerker** bringt eine **poetische** **Dichtung** u. a. m. und **weist** **sch** **reißend** **Beifall** zu **erringen**. Der **Haupt-** **darsteller**, **Silacara**, die **mysteriöse** **Schönheit**, **bringt** **besondere** **Ueberzeugungen**. Sie **erscheint** **in** **Reitkost** und **Federperle**, **fährt** **dann** **einen** **Paucantanz** **auf** und **zeigt** **sich** **zum** **Schluss** **mit** **einer** **Reisenschlange**. Die **lustige** **Farbe** wird **geschlossen** mit dem **Operettenstück** „**Sie**“, den **Friete** **de** **Böhl** und **Adolf** **Wagner**, beide **frühere** **Wirtre** **der** **Reisenzuhater**, **ausführen**. **Rolf** **Frank** und **Heinz** **Eiber** sind den **Künstlern** **ver-** **dianndvolle** **Begleiter**.

Die Einzahlung der Steuerabzüge.

Von den **Landesfinanzämtern** **Dresden** und **Leipzig** wird uns folgendes mitgeteilt:

Das **Verfahren** bei der **unmittelbaren** **Einzahlung** der **durch** den **Arbeitgeber** vom **Gehalt** oder **Lohn** seiner **Arbeitnehmer** für die **Einkommen-** **steuer** **einbehaltenen** **Beträge** ist durch eine **Bekanntmachung** der **Landesfinanzämter** **Dresden** und **Leipzig** vom **3. Januar** 1921 **insoweit** **vereinfacht** **worden**, als der **Arbeitgeber** **Einzahlungsbefehle** **nur** **noch** **für** **die** **in** **den** **Städten** **Leipzig**, **Chemnitz**, **Zwickau**, **Meißen** und **Reichenbach** **wohnhaften** **Arbeitnehmer** **auszustellen**, für **alle** **übrigen** **Orte** **aber** **lediglich** **Gesamtnachweisungen** **einzureichen** **hat**. **Es** **wird** **hierbei** **erneut** **darauf** **hingewiesen**, daß die **unmittelbare** **Einzahlung** der **einbehaltenen** **Beträge** den **Behörden** **allgemein**, im **übrigen** **aber** **nur** **solchen** **Arbeitgebern** **gestattet** **ist**, die **die** **für** **den** **Einzahlungsbefehl** **beson-** **dernde** **Genehmigung** **besitzen**. Diese **Genehmigung** **erteilt** **das** **für** **den** **Arbeitgeber** **zuständige** **Finanz-** **amt**. Sie **ermächtigt** **den** **Arbeitgeber** **zur** **Bar-** **einzahlung** **oder** **Überweisung** **der** **einbehaltenen** **Beträge** an die **für** **den** **Arbeitnehmer** **zustän-** **dige** **Steuerbehörde**. **Arbeitgeber**, die die **ein-** **behaltenen** **Beträge** **für** **ihre** **in** **verschiedenen** **Ge-** **meinden** **wohnenden** **Arbeitnehmer** **an** **eine**, und **zwar** **an** **die** **für** **die** **Betriebsstätte** **zuständige** **Steuer-** **behörde**, **abführen** **wollen**, **bedürfen** **nach** **Abgabe** **der** **Bekanntmachung** **des** **Landesfinanz-** **amtes** **Dresden** **von** **1. November** 1920 und **der** **Bekannt-** **machung** **des** **Landesfinanzamts** **Leipzig** **vom** **4. Dezember** 1920 einer **besonderen** **Geneh-** **migung** **durch** **das** **zuständige** **Landesfinanz-** **amt**, die **nur** **solchen** **Arbeitgebern** **erteilt** **wird**, die **über** **100** **Arbeitnehmer** **beschäftigen**. In **dem** **Antag** **auf** **Erteilung** **dieser** **Genehmigung** **ist** die **Zahl** **der** **Arbeitnehmer** und die **für** **die** **Betriebs-** **stätte** **zuständige** **Steuerbehörde** **anzugeben**; auch **muß** **sich** **der** **Arbeitgeber** **in** **dem** **Antag** **verpflich-** **ten**, die **Nachweisung** **nach** **den** **Wohnorten** der **Arbeitnehmer** **und** **für** **die** **Stadt** **Dresden** **nach** **Steuerbezirken** und **für** **die** **Städte** **Leipzig** und **Chemnitz** **nach** **Finanzamtsbezirken** **getrennt** **anzu-** **geben**. **Zu** **welchen** **Steuerbezirken** **bez.** **Finanz-** **amtsbezirken** **die** **Streßen** **gehören**, **erfährt** **der** **Arbeit-** **geber** **bei** **den** **Stadtheuernehmern** **der** **ge-** **nannten** **drei** **Orte**.

Beratungsstellen für Geschlechtskranke.

(N.) Die **Geschlechtskrankenfürsorge** ist eine der **Aufgaben**, die sich die **Landesver-** **sicherungsanstalt** **Sachsen** **in** **der** **Interesse** **der** **Volks-** **wohlfahrt** **gefelt** **hat**. Sie **unterstützt** **zu** **diesem** **Zweck** **insgesamt** **12** **Beratungsstellen** **für** **Geschlechtskranke**, wo **derartige** **Kranke** **unter** **Wahrung** **völliger** **Reservierung** **kostenfrei** **sach-** **ärztlich** **untersucht** **und**, **wenn** **notig**, **ärztlicher** **Behandlung** **zugeführt** **werden**. In **den** **Ber-** **atungsstellen** **selbst** **findet** **eine** **Behandlung** **dage-** **gen** **nicht** **statt**. **Welchen** **Nutzen** **diese** **Beraterungs-** **stellen** **bisher** **geleitet** **haben** **und** **wie** **bringen**

mäßig sie waren, geht aus den **neuen** **von** **der** **Landesversicherungsanstalt** **ermittelten** **statistischen** **Zahlen** **her**. **Wen** **bei** **den** **3** **Beratungsstellen** **Dresden**, **Leipzig** **und** **Chemnitz** **wurden** **im** **Jahre** 1918 1942, **im** **Jahre** 1920 **aber** 13566 **geschlechtskranke** **Personen** **beraten** **und** **in** **den** **weitaus** **meisten** **Fällen** **war** **eine** **ärztliche** **Behandlung** **notig**, **die** **dort**, **wo** **es** **sich** **um** **Kosten-** **mitglieder** **handelte**, **von** **der** **Kranke** **über-** **nommen** **wurde**. **Für** **Rinderbemittelte**, **die** **keiner** **Kasse** **angehörten**, **hat** **allein** **im** **Jahre** 1920 **aber** **die** **Landesversicherungsanstalt** **das** **Heilversahren** **in** 2172 **Fällen** **auf** **eigene** **Kosten** **durch-** **geführt**. **Diese** **Zahlen** **sprechen** **eine** **bereite** **Sprache** **und** **es** **ist** **nur** **zu** **wünschen**, **daß** **die** **Scheu**, **die** **viele** **Geschlechtskranke** **von** **dem** **Besuche** **der** **Beratungsstelle** **nach** **immer** **abhält**, **einer** **gesunden** **Einsicht** **weichen** **möge**, **denn** **es** **liegt** **klar** **auf** **der** **Hand**, **daß** **die** **Zahl** **der** **Geschlechts-** **kranke** **eine** **weit** **größere** **ist**, **als** **aus** **den** **oben** **genannten** **Ziffern** **hervorgeht**.

Photographien für abstinenzberechtigte Oberschlesier.

Die **vereinigten** **Verände** **heimatlicher** **Ober-** **schlesier** **teilen** **mit**: **Die** **durch** **das** **Abstinenz-** **reglement** **für** **die** **Eintragsgeheude** **in** **die** **Stimm-** **listen** **vorgeschriebenen** **beiden** **Photographien** **müssen** **vor** **kurzer** **Zeit** **und** **ohne** **Cost** **aus-** **genommen** **sein**, **die** **Größe** **von** **4 mal** **4 cm** **haben** **und** **möglichst** **Schulterbilder** **sein**. **Alle** **Stim-** **berechtigten** **Oberschlesier** **müssen** **die** **beiden** **Photographien** **sofort** **beschaffen**, **da** **die** **Frist** **für** **die** **Einsendung** **der** **Anträge** **bereits** **zum** **10. Jan.** **ab** **und** **nur** **für** **ganze** **kurze** **Zeit** **läuft**. **Allen** **Nächere**, **auch** **der** **Ersatz** **der** **Kosten** **für** **die** **Photo-** **graphien**, **bei** **den** **Ortsgruppen**.

Pakete für deutsche Kriegsgefangene.

Der **französische** **Kriegsminister** **teilt** **dem** **Zentralnachweisamt** **durch** **den** **Chef** **der** **franzö-** **sischen** **Militärgefangenschaft** **in** **Berlin** **mit**, **daß** **die** **verurteilten** **deutschen** **Kriegsgefangenen** **berechtigt** **sind**, **Pakete** **ohne** **Begrenzung** **der** **Zahl** **zu** **emp-** **fangen**, **die** **ihnen** **nach** **Prüfung** **des** **Inhalts** **beim** **Eingang** **sofort** **zugestellt** **werden**. **Oben** **können** **sie** **unter** **Vorbehalt** **der** **Prüfung** **durch** **die** **Jensur** **des** **Depots** **alle** **Briefschaften** **empfangen**, **die** **an** **sie** **gerichtet** **sind**.

Aus Sachsen.

Glanhausen. Die **Zahl** **der** **Arbeitslosen** **betrug** **hier** **am** **27. November** **606**, **am** **15. Dezember** **552** **und** **am** **30. Dezember** **668**.

Grimnitzhausen. Die **Stadtverordneten** **beschlossen** **prinzipiell** **die** **Erhebung** **einer** **Zugzwangssteuer** **und** **einer** **Verkehrssteuer**, **stimmten** **der** **Erhöhung** **der** **Gebühren** **des** **Stadtkrankenhauses** **zu** **und** **ermäßigten** **den** **Gemeindepreis** **für** **das** **Mut-** **meter** **von** **1,60** **auf** **1,50** **Mk.**

Berden. Mit **dem** **1. Januar** **ist** **das** **Be-** **ratungsamt** **von** **der** **Stadt** **übernommen** **wor-** **den**. **Die** **regelt** **den** **äußeren** **Volzug** **der** **Be-** **erdigungen**, **die** **sächsische** **Beerdigungsfeier** **regelt** **nach** **wie** **vor** **das** **Pyrami**.

Bunte Chronik.

Nach dem Reich.

Hamburg, 6. Januar. Aus **dem** **Kontor** **der** **Bankfirma** **Emil** **Hecker** **sind** **Reichsbank-** **gemälde** **im** **Werte** **von** **8** **Mill. M.** **gestohlen** **wor-** **den**. **Es** **wird** **anscheinend** **versucht**, **die** **Gemälde** **ins** **Ausland** **zu** **bringen**.

Berlin, 6. Januar. Von **der** **Berliner** **Crimi-** **nalpolizei** **wurde** **der** **24** **Jahre** **alte** **Schloffer** **Hering** **aus** **Warendorf** **und** **der** **33** **Jahre** **alte** **Montagegeschloffer** **Riez** **verhaftet**, **die** **den** **Millionen-** **raub** **in** **der** **Wodumer** **Gegend** **verübt** **hatten**, **bei** **dem** **drei** **Überfallere** **ihre** **Leben** **verloren** **und** **1** **680** **000** **Mk.** **geraubt** **wurden**. **Der** **dritte** **Täter**, **ein** **Agent** **Wilhelm** **Müller**, **ist** **flüchtig**.

Wetterbericht der Landeswetterwarte zu Dresden.

Wettertelegramme vom 7. Januar 7 Uhr früh.

Station	6 Uhr	Temp. gestern		Eobachtungen heute früh 7 Uhr		
		Min.	Max.	Wetter	Temp.	
Leipzig	130	6.0	8.5	0.	6.1	bed. z. trüb
Bautzen	202	3.8	9.3	-	6.9	bed. bed.
Zwickau	220	5.5	9.4	-	6.4	bed. z.
Bitterfeld						

Ämtlicher Teil.

Der Ausschuss für die Verwaltung des Ausgleichshods (§ 18 Abs. 3 des Vollzugs Gesetzes vom 12. August 1920 zum Bundessteuer-Gesetz vom 30. März 1920) setzt sich wie folgt zusammen:

a. Vertreter der Regierung
 Ministerialdirektor Dr. Schulze, Ministerium des Innern,
 Ministerialdirektor Dr. Lorey, Finanzministerium,
 Ministerialrat Dr. Wolf, Kultusministerium;
Stellvertreter
 Dr. v. Loeben, Ministerium des Innern,
 Ministerialrat Dr. Lefzer, Finanzministerium,
 Regierungsrat Dr. v. Schuch, Kultusministerium.
b. Abgeordnete des Landtags
 Geschäftsführer Graupe in Zwickau i. Sa.,
 Schreibwarenhändler Dürger in Marktanschütz,
 Fabrikdirektor a. D. Hofmann in Hofwitz;
Stellvertreter
 Oberbürgermeister Dr. Häbschmann in Chemnitz,
 Militärlieutenant Wölter in Leipzig-Eindena,
 Bademeister Franz in Limbach i. Sa.
c. Mitglieder des Gemeindeförderungsausschusses
 Oberbürgermeister Dr. Ny in Reichen,
 Geschäftsführer Dr. Raumann in Dresden,
 Gemeindevorstand Scheibner in Deuben;
Stellvertreter
 Bürgermeister Dr. Scheider in Riesa,
 Gemeindevorstand Bernert in Rabenau,
 Bürgermeister Dr. Schaar Schmidt in Zwickau.
 Dresden, am 5. Januar 1921. 2682 II G
Ministerium des Innern, II. Abteilung.

Weitere Ausführungsvorschriften zur Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge

vom 26. Januar / 6. Mai / 11. August 1920, vom 6. Januar 1921.

1. Zu § 4 Absatz 2.
 Das Arbeitsministerium hat wiederholt beobachtet, dass die Verwaltungsvorschriften für die Erwerbslosenfürsorge verhältnismäßig hoch sind, und nimmt daher Veranlassung, den Trägern der Fürsorge außerhalb des Staatssystems mit diesem Aufwand zur Pflicht zu machen.

2. Zu § 5 Absatz 2.
 Eine sächsische Stadt hatte auf Grund von Punkt I der weiteren Ausführungsvorschriften vom 7. April 1919 - Nr. 613 III N - einem Erwerbslosen, zu dessen Unterstüttung sie nicht endgültig verpflichtet war, für den aber der endgültige fürsorgspflichtige Träger der Erwerbslosenfürsorge nicht feststand, im Sommer 1920 länger als 4 Wochen Unterstüttung gewährt und später einen Vergleich von der außerhalb Sachsens gelegenen fürsorgspflichtigen Gemeinde gefordert. Der Reichsarbeitsminister hat mit Erlaub vom 3. November 1920 - I. C. 8992/20 - den Erstattungsanspruch für unbegründet erklärt und dabei ausgeführt:
 Die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung vom 26. Januar 1920 (RGBl. S. 98) sieht keinen Erstattungsanspruch der Fürsorgeträger untereinander mehr vor. . . .
 Dabei kann die Verantwortung der Frage dahingehend fallen, ob im vorliegenden Falle die Gemeinde E. zur endgültigen Unterstüttung des erwerbslosen Drebers A. verpflichtet war oder nicht.
 Für die sächsische Gemeinde D. bestand jedenfalls nach Ablauf der gesetzlichen Zeit die Pflicht, die Unterstüttung einzufressen und den Erwerbslosen rechtzeitig an die ihrer Meinung nach zuständige Gemeinde zu verweisen.
 Die sächsische Ausführungsvorschrift vom 7. April 1919 - Nr. 613 III N - Punkt I Absatz 2 wird gemäß der seitdem erfolgten Wdnderung der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge insoweit aufgehoben, als darin eine vorstufweise Zahlung von Erwerbslosenfürsorge vorbehaltlich späteren Ausgleichs über die Dauer von 4 Wochen hinaus vorgeschrieben ist, falls zwischen den Trägern der Erwerbslosenfürsorge Streit über die Zuständigkeit besteht.

3. Zu § 6 II.
 Der Reichsarbeitsminister hat mit Erlaub vom 4. Dezember 1920 - I. C. 9243/20 - bestimmt:
 „In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung von mir mit Aufsehung gebundenen Stellen nehme ich an, dass es sich bei dem Dienst bei der Sicherheitspolizei im Sinne der die Erwerbslosenfürsorge betreffenden Vorschriften um eine Erwerbstätigkeit handelt. Eine gewöhnliche Beamtenstellung würde wohl unter allen Umständen als Erwerbstätigkeit angesehen werden; um so mehr wird dies meines Erachtens von dem Dienst bei der Sicherheitspolizei, der als künftiges Verhältnis ausgestaltet ist, gelten müssen. Personen, die durch freiwilligen Austritt oder durch eigenes Verschulden eine Stellung bei der Sicherheitspolizei verlieren und infolgedessen erwerbslos werden, werden daher ebenso zu behandeln sein, wie andere Erwerbslose, die auf solche Art ihre bisherige Beschäftigung verloren haben.“

4. Zu § 7 Ziffer 2.
 a) Der Vertreter der Sächsischen Sozialistischen Föderativen Arbeiter-Republik für Kriegsgefangenen-Angelegenheiten in Berlin hat geltend gemacht, dass in Russland alle Erwerbslose ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit unterstüttungsberberechtigt seien. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin mit Erlaub vom 3. Dezember 1920 - I. C. 9444/20 - mitgeteilt, dass die von ihm angeforderten Ermittlungen, ob Russland deutschen Erwerbslosen eine gleichwertige Fürsorge gewährt, bisher ohne Ergebnis gewesen sind, dass jedoch die Ermittlungen fortgesetzt werden. Vorläufig können daher

russische Staatsangehörige in Deutschland noch keine Erwerbslosenfürsorge erhalten.
b) In Ungarn gibt es z. St. weder für eigene noch für fremde Staatsangehörige eine Erwerbslosenfürsorge (Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 6. November 1920 - I. C. 8709/20 -). Ungarische Staatsangehörige können daher in Deutschland keine Erwerbslosenfürsorge bekommen.
c) Dagegen ist italienischen Staatsangehörigen Erwerbslosenfürsorge zu gewähren. In Italien besteht eine obligatorische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gemäß der Verordnung mit Gesetzeskraft vom 19. Oktober 1919, so dass der Reichsarbeitsminister die Gegenseitigkeit als verbürgt erachtet.

5. Zu § 9.
a) Ziffer 4b der weiteren Ausführungsvorschriften vom 5. Mai 1920 (Nr. 105 der Sächsischen Staatszeitung) ist auch weiterhin anzuwenden.
b) Ähnlich der von der Post- und Telegraphenverwaltung für die bei ihr angestellten Ausführlkräfte ins Auge gefassten Arbeitsstreckung (Schichtwechsel usw.) ist beim Reichsarbeitsminister angefragt worden, ob in diesem Falle Kurzarbeiter-Unterstützung gewährt werden könne. Dies hat der Reichsarbeitsminister mit folgendem grundsätzlichen Telegramm vom 13. Dezember 1920 - I. C. 10707/20 - bejaht:
 „Beschäftigung bei gestörter Arbeit für Arbeitnehmer ist bei gegenwärtiger Lage des Arbeitsmarktes regelmäßig Kriegsfolge.“

6. Zu § 12.
 Dem folgenden Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 9. November 1920 - I. C. 6549/20 - ist nachzugehen:
 „Die Versicherungspflicht gegen Krankheit und damit die Pflicht zur Zahlung der Kostenbeiträge ist nach § 165 der Reichsversicherungsordnung an die Voraussetzung geknüpft, dass ein entgeltliches Beschäftigungsverhältnis besteht. Ein solches liegt nach herrschender Auffassung regelmäßig auch dann vor, wenn Arbeitnehmer infolge vorübergehender Betriebsunterbrechungen ohne Beschäftigung und Verdienst sind, sofern das Arbeitsverhältnis nicht durch Kündigung getrennt ist. Dabei ist es unerheblich, ob die Arbeitnehmer während der Zeit der vorübergehenden Arbeitsunterbrechung nach § 9 Abs. 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge oder nach ihren allgemeinen Bestimmungen Erwerbslosenfürsorge erhalten. Die Pflicht des Trägers der Erwerbslosenfürsorge zur Versicherung tritt jedenfalls erst mit der Kündigung des Arbeitsverhältnisses ein. Dauert die vorübergehende Arbeitsunterbrechung jedoch längere Zeit an und bezieht der Arbeitnehmer deshalb die volle Erwerbslosenfürsorge, nachdem seine Bedürftigkeit festgestellt ist, so kann ihm nicht ohne Härte zugemutet werden, die z. T. erheblichen Versicherungsbeiträge weiter zu entrichten. Die Träger der Erwerbslosenfürsorge können dahin in diesen Fällen die auf die Arbeitnehmer entfallenden Beiträge zu Lasten der Erwerbslosenfürsorge übernehmen. Die hierdurch entstehenden Aufwendungen dürfen jedoch die Beiträge nicht überschreiten, die von den Trägern der Erwerbslosenfürsorge aufzuwenden wären, wenn sie selbst die Unterstüttungsempfänger nach Maßgabe der § 12 a f. der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge versichern würden.“

7. Zu § 13.
a) Folgendes Schreiben des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1920 - I. C. 8441/20 - wird hiermit zur Nachachtung bekanntgemacht:
 „Die Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge enthält keine bindenden Vorschriften darüber, ob den Mitgliedern der Fürsorgeausschüsse für ihre Tätigkeit, insbesondere für die Teilnahme an den Sitzungen, auf Kosten der Fürsorge eine Entschädigung zugewilligt werden kann. Es kann daher der örtlichen Regelung vorbehalten bleiben, ob derartige Entschädigungen als notwendig anzusehen sind. Unter dieser Voraussetzung wird auch die Einbeziehung der dadurch entstehenden Kosten in die besonderen Verwaltungskosten der Erwerbslosenfürsorge im Sinne des § 4 Abs. 2 der Verordnung gebilligt werden können. Ich bemerke jedoch, dass das Amt eines Mitglieds des Fürsorgeausschusses grundsätzlich als Ehrenamt zu betrachten sein wird, dessen Übernahme zu einer Entschädigung in der Regel jedenfalls nur insoweit berechtigt, als tatsächlich Aufwendungen, insbesondere für Fahrten, gemacht sind oder Arbeitsverdienst entgangen ist.“
b) In Befolgung eines Schreibens des Reichsarbeitsministers vom 9. Dezember 1920 - I. C. 8044/20 - werden die Träger der Erwerbslosenfürsorge erneut angewiesen, alle geeigneten Maßnahmen zur Verhinderung missbräuchlicher Benutzung der Erwerbslosenfürsorge zu treffen, und davon in Kenntnis gesetzt, dass in den Berichten der Reichskontrolleure für die Erwerbslosenfürsorge die Ansicht ausgesprochen ist, dass eine Verschärfung der Kontrolle an vielen Orten notwendig geworden ist, da infolge der langen Erwerbslosigkeit die Erwerbslosen immer geschulter werden, Kontrollbestimmungen zu umgehen. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung ersucht insbesondere eine Doppelüberwachung der Heimarbeiter in der Weise, dass auch die Fabrikanten zur Auslastungsbewertung herangezogen werden, für empfehlenswert.
c) Ebenso werden die Träger der Erwerbslosenfürsorge angewiesen, bei Kurzarbeiterunterstüttungen eine Kontrolle der von den Unternehmern angelegenen Unterlagen sowohl den Zahlen als auch

der Begründung nach mindestens Stichprobenweise vorzunehmen.
d) In einer sächsischen Stadt besitzen die Erwerbslosenfürsorge-Kontrolleure schon seit fast 2 Jahren ausweislich zum Besuche der Musikaufführungen und Veranstaltungen, namentlich an Sonntagen, und besondere Anweisung zur Nachprüfung der Verdienste der Sänger, Musiker und Garderobefrauen usw. an Ort und Stelle. Dieses Verfahren wird zur Nachachtung empfohlen.
e) Hält der Träger der Erwerbslosenfürsorge Beschäftigte des Erwerbslosenfürsorgeausschusses für ungeeignet, so hat er nach §§ 79 und 109 der revidierten Städteordnung vom 24. April 1874, Artikel IV 69 der Städteordnung für mittlere und kleine Städte vom 24. April 1874 oder § 59 der Landgemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Juli 1913 zu verfahren.
f) Beschwerden über Entziehung, Verfügung usw. der Erwerbslosenfürsorge sind von allen Beteiligten so schnell als möglich zu erledigen.

8. Zu § 15.
 In der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 20. April 1920 - 559 EI -, der die Grundsätze des Reichsarbeitsministeriums über die Förderung der Umschulung Erwerbsloser aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge beifügt sind, sind in Ziffer II dieser Grundsätze Umschulungsausschüsse vorgeschrieben, die von der Gemeindevertretung gewählt werden. Dem Arbeitsministerium ist der Wunsch vorgetragen worden, dass solche Umschulungsausschüsse für die Überführung Erwerbsloser in die Landwirtschaft für größere Bezirke als für eine Gemeinde gebildet werden möchten. Das Arbeitsministerium weist darauf hin, dass es den Bedingungen der Grundsätze genügen würde, wenn für größere Bezirke, die mehrere Gemeinden umfassen, ein Ausschuss gebildet würde. Als solche Bezirke können auch die Amtshauptmannschaftlichen Bezirke angenommen und als Umschulungsausschüsse gegebenenfalls die bei der Amtshauptmannschaft gebildeten Bezirksarbeitsgemeinschaften bestellt werden. Wo dieser Bezirk zu groß erscheint, wird dem Amtshauptmannschaftlichen anbeimgegeben, etwa für den Bezirk eines landwirtschaftlichen Vereins oder für andere geeignete Bezirke einen Umschulungsausschuss einzurichten. Als maßberechtigte Gemeindevertretung im Sinne von Punkt II der Grundsätze gilt in allen Fällen, wo der Umschulungsausschuss über eine Gemeinde hinauswirkt, die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksarbeitsausschuss.
 9. Im Hinblick auf die veränderte Wirtschaftslage können die Bestimmungen über die Vertiefung der Heeresarbeiten als außer Kraft gesetzt angesehen werden. Insbesondere bestehen nach einer Mitteilung des Heeresabwärtungsamtes Sachsen keine Bedenken gegen den Wegfall der Anzeigen über die ausgegebenen Anzeigekarten für Heeresarbeiten. Diese sind daher künftig zu unterlassen.
 Dresden, am 6. Januar 1921. 2465 E
Arbeitsministerium. 8892

Bekanntmachung über Anmeldungen zur Aufnahme an den Seminaren

zum 7. Januar 1921.
 Für Ostern 1921 wird an den Lehrerseminaren nochmals eine VII. Klasse aufgenommen, deren Schüler auf dem bisherigen Wege auf den Beruf des Volksschullehrers vorbereitet werden. Die Anmeldungen zur Aufnahme in diese Klasse werden von den Direktoren bis zum 15. Februar angenommen.
 Beizubringen sind: die Geburtsurkunde, das Taufzeugnis, ein Ausweis über die Staatsangehörigkeit, ein ärztliches Zeugnis, die Impfbefreiung, Schulzeugnisse, ein Lebenslauf und ein Unterhaltsnachweis. Vorhanden ein ärztliches Zeugnis sind bei den Seminarleitungen erhältlich (vgl. § 1 Abs. 4 der Prüfungsordnung für die Lehrerseminare). II 30 Sem.
Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts. 8893

Annahmestellen für selbstgezeichnete deutsche Kriegsanleihen bei Einrichtung des Reichsnotopfers.

Zu den bisher in der Sächsischen Staatszeitung bekanntgegebenen Sparkassen, die die zur Einrichtung des Reichsnotopfers hingehörenden deutschen Kriegsanleihen annehmen, treten weiter hinzu die Sparkassen in Zwickau bei Zeitzberg, Heidersdorf (Ergeb.), Hirschfeld (Er.) und Rastau (Ergeb.).
 Hierzu wird bemerkt, dass bis zum 31. Januar 1921 nur noch selbstgezeichnete Schuldverschreibungen und Schapanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs angenommen werden.
 Dresden, am 6. Januar 1921. 8865
Landesfinanzamt Dresden, Abteilung für Besp. und Verlehrsrechnen.

Auf Blatt 1077 des Handelsregisters ist heute die Firma

die Firma Johann Apotheke Grimmitzschan Georg Kretschmar in Grimmitzschan und als deren Inhaber der Apothekenbesitzer Gotthilf Ernst Georg Kretschmar daselbst eingetragen worden. 8867
Amtsgericht Grimmitzschan, den 6. Januar 1921.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:
1. auf Blatt 11929, betr. die Gesellschaft Deutsche Wäschereiwerte Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vormals American Steam Laundry W. v. Klein in Dresden: Auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 28. Dezember 1920 ist das Stammkapital um sechszigtausend Mark, sonach auf zweihundertvierzigtausend Mark erhöht worden;
2. auf Blatt 12477, betr. die Gesellschaft Wöbels-Kaufmanns-Haus „Zeyonia“ Julius Heber & Co. mit beschränkter Haftung in Dresden: Nach Beendigung der Liquidation ist die Firma erloschen;
3. auf Blatt 11248, betr. die offene Handelsgesellschaft Röhlenvertreib-Bureau Hermann Seel & Co. in Dresden: Procura ist erteilt dem Kaufmann Walter Seel in Dresden;
4. auf Blatt 15270, betr. die offene Handelsgesellschaft Continental Gesellschaft für Industriebedarf W. Laute & Co. in Dresden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt der Kaufmann Wilhelm Laute in Dresden;
5. auf Blatt 6858, betr. die Firma Schölze & Pfister in Dresden: Procura ist erteilt dem Ingenieur Robert Karl Siegmund in Dresden;
6. auf Blatt 8538, betr. die Firma Ernst Kellner in Dresden: Procura ist erteilt dem Kaufmann Martin Georg Harry Kellner in Dresden;
7. auf Blatt 13251, betr. die Firma Gustav Schulz in Dresden: Die Handelsniederlassung ist nach Auflösung verlegt worden. Der Inhaber Johannes Paul Treppenhauer wohnt jetzt in Hofwitz;
8. auf Blatt 14272, betr. die Firma Laboratorium Cosmeta Max Piska in Dresden: Der Kaufmann Carl Alfred Zimmermann in Hofwitz ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsregister eingetragen. Die hiedurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 28. Dezember 1920 begonnen;
9. auf Blatt 16159: Die Firma Götsch-Berlag Elisabeth Ebdner in Dresden. Die Kaufmannschaft Frau Elisabeth Ebdner geb. Kempe in Dresden ist Inhaberin. Procura ist erteilt dem Kaufmann Emil Ebdner in Dresden. Geschäftszweig: Buchhandel. Geschäftsräume: Jirnschulstraße 7;
10. auf Blatt 16160: Die Firma Fritz Ludwig in Dresden. Der Kaufmann Gustav Otto Franz Ludwig in Dresden ist Inhaber. Geschäftszweig: Handel mit Nahrungsmitteln und Spirituosen sowie Vertretungen. Geschäftsräume: Brühlischer Garten 1;
11. auf Blatt 12746, betr. die Firma Johannes Treppenhauer in Dresden: Die Firma ist erloschen;
12. auf Blatt 15454, betr. die Firma Alfred Barthel, Agentur & Kommissionen in Dresden: Die Firma ist erloschen. 8859
Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 5. Januar 1921.

Auf Blatt 220 des Handelsregisters, die Firma Dr. Adolph Sanatorium Bad Eger, S. M. S. G. betr., ist heute eingetragen worden: Gesamtprocura ist erteilt dem Jagar Dr. Adolf Hantner in Bad Eger und dem Jagar Dr. August Ebdner in Bad Eger. Sie dürfen die Gesellschaft nur in Gemeinschaft miteinander oder mit einem anderen Procuraisten oder mit dem Geschäftsführer vertreten. Adorf, am 6. Januar 1921. Das Amtsgericht.

In Handelsregister Blatt 511 (Firma Brachvogel & Co. in Rannhof) ist eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Geschäftsführer Albert Oswald Brachvogel ist ausgeschieden. 8870 **Amtsgericht Wettina, am 21. Dezember 1920.**

Auf Blatt 1077 des Handelsregisters ist heute die Firma Wats-Druckerei A. Dulze in Glaucha geslösten Blatte 73 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden: Procura ist erteilt dem Kaufmann und Geschäftsführer Wilh. Buchelt in Glaucha. 8869 **Amtsgericht Glaucha, den 4. Januar 1921.**

In Handelsregister ist heute auf dem Blatte 102 (Firma Adolph Hoyer in Sebnitz) eingetragen worden, dass die Procura des Kaufmanns Kurt Alfred Hoyer in Sebnitz erloschen, und dass dieser als Gesellschafter in das Handelsregister eingetragen ist. Die offene Handelsgesellschaft ist am 15. Dezember 1920 errichtet worden. 8882 **Amtsgericht Sebnitz, am 6. Januar 1921.**

Auf Blatt 19641 des Handelsregisters ist heute die Firma **Georg Hoff** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Fortbetrieb der unter der Firma **Georg Hoff**, Leipzig, bestehenden Großhandlung in technischen Warenwaren, Maschinenbedarfartikeln, Treibriemen jeder Art, sowie Spezialgeschäfte für alle Arten des Feuertischwesens. Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu erwerben, sich an solchen zu beteiligen und den Handel auf andere Artitel mit zu erstrecken. Das Stammkapital beträgt sechshundert Mark. Die Gesellschaft kann entweder durch einen Geschäftsführer allein oder gemeinsam durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen oder durch einen Geschäftsführer und einen Verwaltungsbekleidungsbeamten oder durch zwei Verwaltungsbekleidungsbeamten und einen Geschäftsführer bestimmt werden. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kapitän S. A. D. Walter Friedrich in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die gesellschaftlichen Angelegenheiten öffentlichen Bekanntmachungen sind vom Geschäftsführer gegebenenfalls dem Liquidator im Deutschen Reichsanzeiger zu erlassen. 8876 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 5. Januar 1921.

Auf Blatt 19645 des Handelsregisters ist heute die Firma **E. Hüblich & Zelle** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Vitterfelder Str. 3) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb auf eigene oder fremde Rechnung von Bedarfsgewerbeartikeln aller Art für die Herstellung von Feinstraßenschildern und für Installationen aller Art. Die Gesellschaft ist berechtigt, ihren Geschäftsbetrieb auch auf andere Geschäftszweige auszuweiten, auch sich an anderen Unternehmen zu beteiligen oder solche zu erwerben oder deren Vertretung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten. Das Stammkapital beträgt einhundertdreißig Mark. Sofern mehrere Geschäftsführer bestellt sind, sind sie zwei derselben gemeinschaftlich oder ein Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft und zur Zeichnung ihrer Firma berechtigt. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Kaufmann Heinrich Krause in Leipzig und der Ingenieur Paul Zelle in Dresden-Niederschlag. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen (nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.) 8871 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 5. Januar 1921.

Auf Blatt 235 des Leipziger Handelsregisters, die Firma **W. H. S. Bahner** in Lichterfeld-Gallenberg, ist heute eingetragen worden, daß der Fabrikdirektor **Walter Ernst Bahner** und der Prokurist **Julius Arthur Bahner**, beide in Lichterfeld-Gallenberg, in das Handelsgeschäft eingetretten sind, daß die hiedurch begründete offene Handelsgesellschaft am 1. Januar 1920 existiert worden, daß die hiesigen Geschäftsführer bisher verteilte Profutura erloschen und daß den Kaufleuten **Ernst Johannes Bahner** und **Hugo Bernhard Artel**, beide in Lichterfeld-Gallenberg, Gesamtpfand erteilt worden ist. 8878 Amtsgericht Lichterfeld-Gallenberg, 5. Jan. 1921.

Auf Blatt 19639 des Handelsregisters ist heute die Firma **Georg Hoff** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 22. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Papiergroßhandlung und Papierwarenfabrik, im besonderen die Fortführung des Betriebes der Papiergroßhandlung und Papierwarenfabrik in Firma **Georg Hoff** in Leipzig. Zur Erreichung dieses Zweckes kann die Gesellschaft sich an Unternehmungen gleicher oder ähnlicher Art beteiligen, solche erwerben oder deren Vertretung übernehmen, sowie alle Rechte, Pflichten, Ansprüche, die mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftsvertrag dienen. Das Stammkapital beträgt dreihundertdreißig Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Kaufmann **Georg Hoff** in Leipzig. Weiterer Geschäftsführer bestellt, so hat der genannte **Hoff** das Recht, die Firma allein zu zeichnen, während für die anderen Geschäftsführer das Recht zur Zeichnung der Firma nur so besteht, daß mindestens zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen das Zeichnungsrecht haben. Profutura ist erteilt dem Kaufmann **Friedrich Hermann Paul Heintz** in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Der Geschäftsführer **Kaufmann Georg Hoff** in Leipzig leistet keine Stammeinlage dadurch, daß er die in Leipzig, Gottschalkstr. 22, unter der Firma **Georg Hoff** betriebene Papiergroßhandlung und Papierwarenfabrik mit dem Rechte der Firmafortführung und allen Aktiven und Passiven nach dem Stande vom 22. Dezember 1920, im besonderen auch mit den Ertragsansprüchen des Geschäftsjahres 1920, abgiltig eines Betrags von 80 000 Mk. in die Gesellschaft einbringt. Der Wert dieser Einlage ist auf 200 000 Mk. festgesetzt worden. Die Geschäftsführerin **Erse Wenzel Hoff geb. Pötzner** in Leipzig leistet ihre Stammeinlage dadurch, daß sie eine ihr gegen die Firma **Georg Hoff** Papiergroßhandlung in Leipzig zuzehende Forderung in Höhe von 40 000 Mk. in die Gesellschaft einbringt. Der Wert dieser Einlage ist auf 40 000 Mk. festgesetzt worden. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Deutschen Reichsanzeiger oder in dem Blatte, das künftig etwa durch Beschluß oder Verordnung an dessen Stelle für Bekanntmachungen von Handelsgesellschaften vorgeschrieben wird. 8874 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 5. Januar 1921.

Auf Blatt 19644 des Handelsregisters ist heute die Firma **Graphische Fachzentrale** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf von Bedarfsgewerbeartikeln und Material für alle Zweige des Buchgewerbes, der gewerblichen Graphik, Zeitschriften und die Vertretung buchgewerblicher Firmen und ähnlicher Unternehmungen. Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen. Das Stammkapital beträgt zwanzigtausend Mark. Zu Geschäftsführern sind der Buchdruckermeister und Verlagsbuchhändler **Johann Georg Wäger** und der Kaufmann **Ray Reinhold Runge**, beide in Leipzig, bestellt. Jeder von ihnen kann die Gesellschaft allein vertreten. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft geschehen durch den Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger. 8872 Amtsgericht Leipzig, Abt. II, am 5. Jan. 1921.

Auf Blatt 19644 des Handelsregisters ist heute die Firma **Willy Hansen** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf und Vertrieb von Baumstoffen aller Art. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft auf befristeter, gleichartiger oder ähnlicher Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Die im Betriebe des von dem Kaufmann **Willy Hansen** in Leipzig betriebenen Geschäftes begründeten Forderungen sind nicht auf die Gesellschaft übertragen. Die Gesellschaft hat lediglich die Verbindlichkeiten aus Abnahme und Lieferungen von Waren aus den von **Willy Hansen** geschlossenen Gesellschaften, im übrigen aber nicht die im Geschäft begründeten Verbindlichkeiten übernommen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute **Walter Heß** in Leipzig, **Heinrich Albert Regler** in Borna und **Friedrich Wilhelm Mühlhansen** in Leipzig. (Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch folgendes bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.) 8873 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 5. Januar 1921.

Auf Blatt 9 des Genossenschaftsregisters ist heute die Auflösung der **Einigungsvereinnigung der sächsischen Glanzindustrie**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und das Erlöschen der Firma eingetragen worden. [8883] Amtsgericht Chemnitz, am 6. Januar 1921.

Auf Blatt 19642 des Handelsregisters ist heute die Firma **W. H. S. Bahner** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 25. November 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Interessen der Eisenfabriken Mitteldeutschlands, welche der Gesellschaft angehörend, insbesondere: a) Ein- und Verkauf von Rohstoffen aller Art, b) Bewertung und Verkauf von Patente und Rechenprodukten, c) Ankauf und Bewertung von Grundstücken zur Errichtung von Betrieben, welche zur wirtschaftlichen Ausgestaltung und Förderung des Erwerbes ihrer Geschäftsführer notwendig sind, d) gemeinschaftliche Bekannte, e) Übernahme aller Rechte, Pflichten, Ansprüche, welche die Zwecke der Gesellschaft zu fördern geeignet sind. Das Stammkapital beträgt einhundertfünfzigtausend Mark. Sind mehr als ein Geschäftsführer bestellt, so haben mindestens zwei Geschäftsführer gemeinsam die Gesellschaft zu vertreten. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann **Armin Werner** in Leipzig bestellt. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. 8877 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 5. Januar 1921.

Auf Blatt 19643 des Handelsregisters ist heute die Firma **Willy Hansen** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Einkauf und Vertrieb von Baumstoffen aller Art. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft auf befristeter, gleichartiger oder ähnlicher Unternehmungen zu erwerben, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen oder deren Vertretung zu übernehmen. Das Stammkapital beträgt fünfzigtausend Mark. Die im Betriebe des von dem Kaufmann **Willy Hansen** in Leipzig betriebenen Geschäftes begründeten Forderungen sind nicht auf die Gesellschaft übertragen. Die Gesellschaft hat lediglich die Verbindlichkeiten aus Abnahme und Lieferungen von Waren aus den von **Willy Hansen** geschlossenen Gesellschaften, im übrigen aber nicht die im Geschäft begründeten Verbindlichkeiten übernommen. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Zu Geschäftsführern sind bestellt die Kaufleute **Walter Heß** in Leipzig, **Heinrich Albert Regler** in Borna und **Friedrich Wilhelm Mühlhansen** in Leipzig. (Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch folgendes bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger.) 8873 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, am 5. Januar 1921.

Auf Blatt 9 des Genossenschaftsregisters ist heute die Auflösung der **Einigungsvereinnigung der sächsischen Glanzindustrie**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Chemnitz und das Erlöschen der Firma eingetragen worden. [8883] Amtsgericht Chemnitz, am 6. Januar 1921.

Auf Blatt 19640 des Handelsregisters ist heute die Firma **Walter Arnauten-Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in Leipzig (Lützowstr. 27/28) eingetragen und weiter folgendes verlautbart worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. Dezember 1920 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Vertretung von Erneuerungen auf dem Gebiete der Erneuerungen und Zubehörteile von Motoren. Das Stammkapital beträgt zweihundert Mark. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten die Gesellschaft je zwei Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt der Ingenieur **Fritz Dürr** jun. in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrage wird noch bekanntgegeben: Die Gesellschaft, die Ingenieure **Fritz Dürr** sen. in Mittelsachsen, **Oberbayer**, und **Fritz Dürr** jun. in Leipzig, leisten ihre Stammeinlagen dadurch, daß sie die ihnen je zur überlassen Hälfte gebührenden Deutschen Reichspatente Nr. 275 910 und 279 233 sowie die von ihnen zum Patentschutz angemeldeten Erfindungen, die die Anmeldungen Nr. D. 35554 I 46 e, D. 37096 I 46 e 2, D. 36923 I 46 e 2, D. 35524 I 46 e und D. 374851 I 46 e betreffen, mit allen Rechten, insbesondere auch den auf Grund der Anmeldungen erteilten Patenten und Verbandsurteilen in die Gesellschaft einbringen. Der Wert dieser Stammeinlagen ist insgesamt auf 200 000 Mk. festgesetzt worden, wovon je die Hälfte auf jeden der vorgenannten Geschäftsführer entfällt. 8875 Amtsgericht Leipzig, Abt. II B, den 5. Jan. 1921.

Auf Blatt 1021 des Handelsregisters, die Firma **Reckner Holzverarbeitungs-Gesellschaft** mit beschränkter Haftung in Reckner betz., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 3. Dezember 1920 in verschiedenen Punkten abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist das Pressen von Hörnern, Hülsen und allen Holzsorten, der Vertrieb von gepressten Hornplatten, Hornspigen und Hornschalen für eigene Rechnung, sowie das Pressen von Hütern und Hülsen in Lohn für fremde Rechnung. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen ähnlicher Art zu beteiligen. Die Gesellschaft wird auf die Zeit bis Ende 1924 abgeschlossen. Sie gilt jeweils auf die Dauer eines weiteren Jahres abgeschlossen, wenn nicht spätestens sechs Monate vorher mindestens zwei Drittel der Gesellschafter gekündigt haben. Die Kündigung ist dem Geschäftsführer gegenüber auszusprechen. Das Stammkapital ist auf 250 000 Mk. erhöht worden. Amtsgericht Reckner, den 5. Januar 1921. [8879]

Im Handelsregister ist eingetragen worden: a) am 5. Januar 1921 auf Blatt 413, betz. die Firma **Wente & Richter** in Gernsdorf (Bez. Dresden), daß die Gesellschaft aufgelöst und der Gesellschafter **Edwin Mag Richter** ausgeschieden, sowie, daß der Gesellschafter **Arthur Hermann Wente** das Handelsgeschäft mit allen Aktiven und Passiven allein fortführt und die Firma künftig **Metallwarenfabrik, Schwanen- u. Säbenschneiderei Arthur Wente in Gernsdorf b. Dresden** lautet; b) am 6. Januar 1921 auf Blatt 405, betz. die Firma **Hart Schmidt** in Habeburg, Taleiglasgroßhandlung. In das Handelsgeschäft ist der Kaufmann **Diplom-Ing. Armin Reinhardt** in Dresden-N. als persönlich haftender Gesellschafter eingetretten. Die dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1921 begonnen. [8880] Amtsgericht Habeburg, am 6. Januar 1921.

Tagung des Verbandes Sächsischer Gewerbeschulmänner.

Der Verband Sächsischer Gewerbeschulmänner trat am Mittwoch in Dresden zu einer außerordentlichen Hauptversammlung zusammen, der Vertreter des Landtages, der Ministerien, der Gewerbeschulmänner usw. beiwohnten. Zunächst wurde über den Stand der Befolgung der Befolgungsfrage berichtet, woran sich eine lebhafte Aussprache anschloß. Weiter erörterte die Versammlung die Verabschiedung des Berufslehrgesetzentwurfes. Auch hieran knüpfte sich eine längere Aussprache, an der sich auch Unterrichtsminister a. D. Dr. Seyfert beteiligte. Der Entwurf wurde schließlich nach längerer Aussprache angenommen und den nachstehenden Leitsätzen zugestimmt: 1. Die Ausbildung der Gewerbeschüler findet an der höchsten Bildungsinstitution ihres Faches statt. 2. Der Praktiker hat eine mindestens 5 Jahre lange Praxis nachzuweisen. 3. Besonders geeignete Praktiker, die ihre pädagogische Befähigung darzulegen können, können von Punkt 1. entbunden werden, unbeschadet ihrer Gleichstellung mit allen anderen Gewerbeschulern. 4. Die Durchführung dieser Bestimmungen ist zu bewerkstelligen durch eine gemeinsame Wohnstätte der vorhandenen Bildungseinrichtungen und den finanziellen Schwierigkeiten entgegenkommenden Gewerbeschulerausbildung: a) in Dresden für solche Gewerbeschulern, welche die technische Hochschule, die Kunstakademie, die Akademie für Kunstgewerbe, die Bauhütte durchlaufen haben; b) der theoretisch-pädagogischen Bildung ist die Technische Hochschule, der praktisch-pädagogischen Bildung die Gewerbeschule; c) für Leipzig: für solche Gewerbeschulern, welche die Akademie für Handelshochschule, die Akademie für graphische Künste, die Bauhütte durchlaufen haben; d) der theoretisch-pädagogischen Bildung die Universität oder die Handelshochschule, e) der praktisch-pädagogischen Bildung die Gewerbeschule, welche die Gewerbeschule, die Höhere Gewerbeschule, die Bauhütte durchlaufen haben; f) der praktisch-pädagogischen Bildung die Akademie; der theoretisch-pädagogischen Bildung die Gewerbeschule; das Gewerbeschulergewerbe ist anzuhängen; d) Jeder Fachgewerbeschule von besonderer Art, die nicht von vorgenannten Anfängen getroffen wird, wie Gerberei, Wappmacher, Schmacherschule usw. ein Mittel zur Verfügung zu stellen, daß sie einen Teil ihrer Fachkräfte selbst pädagogisch heranzubilden können.

Volkswirtschaftliche Wochenüberblick.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.) Die dringendste Gefahr, die unserem Wirtschaftsleben droht, der allgemeine Eisenbahnruhr, scheint durch eine Verähnlichung mit dem Eisenbahngewerkschaften glücklich vermieden zu sein. Allerdings wird diese Einigung dem Reiche viel Geld kosten. Mit einer Mehrausgabe von etwa 3 bis 4 Milliarden Mk. wird infolge der Erhöhung der Leertarifen für die Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter wohl zu rechnen sein. Damit wird es dem Reiche natürlich immer schwerer gemacht, einen Ausgleich zu den Eisenbahnern und Angestellten herzustellen. Wohin das auf die Dauer führen muß, sehen wir am besten an Deutschland, das sich in der Entwicklung nach unten um 2 bis 3 Jahre voraus ist. Der österreichische Bundesfinanzminister Dr. Grimm hat kürzlich mitgeteilt, daß der Notenumlauf innerhalb eines Jahres von 12 auf 20 Milliarden Kronen steigen wird, und daß die Notung nur von Auslandskrediten in Höhe von einer halben Milliarde Dollar zu decken ist, für die aber Österreich keinerlei Garantien bieten kann, da es über kein Eigentum einschließlich seiner Steuern und Wäpsele nur mit Zustimmung der Reparationskommission verfügen darf. In Kamerun nämlich ist es seitlich die Erkenntnis, daß die amerikanische Industrie und sonstige Produktindustrie ein lauffähiges Mittel gegen ihre Waren nicht in Deutschland und der Gegenwart nicht in beliebigen Umfange anzuwenden können. In einer Konferenz, am 1. Januar, der Industrieller hat Hoover kürzlich erklärt, es gäbe nur einen Weg für Amerika, aus der jetzigen Wirtschaftskrise herauszukommen, nämlich den, den Ländern mit schwachen Balancekrediten zu eröffnen, und zwar nicht nur für Amerika, sondern für alle Länder, die das amerikanische Kapital auf längere Zeit bei sich und in aufrechten Unternehmen ungenutzte festlegen. Hoover scheint dabei allerdings in erster Linie an eine Verteilung amerikanischer Kapitalien von europäischen Industrieunternehmen oder wenigstens an eine Verpfändung von gewinnbringenden Industriearbeiten zu denken. Hierin liegt für die deutsche Industrie, der ohnehin schon die Überfremdungsgelände trotz Vorkaufsrechten und mehrfachen Stimmrecht über den Kopf wächst, eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Aber wenn wir doch einmal, wie längt erzieht, ohne die Hilfe ausländischer Kapitalien uns nicht erheben können, so müssen wir es eben versuchen, bei den verbundenen Gefahren so gut wie möglich Herr zu werden. Die deutsche Industrie und das deutsche Kapital haben sich gerade in den schlimmsten Zeiten als so lebenskräftig und elastisch erwiesen, daß sie eine gewisse Flexibilität immerhin erwarten können, ohne sich unterlegen zu lassen. Jedoch bezieht sich auch Hoover als unbedingt notwendig eine amerikanische

Kreditlinie der endgültige Festlegung der von Deutschland an die Verbändmächtig zu zahlenden Entschädigung in vernünftiger Höhe.

Ob die Brüsseler Konferenz nach Wiederannahme ihrer unterbrochenen Verhandlungen die Erfüllung dieser Forderung bringen wird, ist durchaus ungewiß. Wir sind von Seiten der Verbändmächtig an unangenehme Überraschungen und Enttäuschungen gewöhnt. Auch die als Neujahrsgedächtnis überbrachte Entscheidung über die getrennte obersteinständige Entscheidung, die eine schwere, mit dem Friedensvertrag nicht in Einklang zu bringende Verneinung der deutschen Oberstufener Bedeutung, zeigt uns aufs neue, daß wir gut tun, gegenüber den Wünschen der Verbändmächtig jeden Optimismus zu vermeiden. Die Börse hat das neue Jahr mit einer neuen Eisenbahnfrage begonnen. Die Markt sieht weiter und die Befürzte erlebten eine weitere Aufwärtsbewegung, obgleich man glaubte, daß es kaum mehr höher ginge. Man muß sich eben daran gewöhnen, nicht nur in den Salutarpapieren, sondern auch in den Industriellen überhaupt eine Art Goldwerte zu erblicken, die automatisch steigen, wenn das Papiergeld weiter entwertet wird. Die ohnehin übermäßig harte Besetzung der Spekulation wird in letzter Zeit noch unterläßt und angefeuert durch die Beteiligung ausländischer Spekulanten an dem Hause-Trade. In letzter Zeit wurden besonders umfangreiche Anläufe deutscher Industriewerte durch holländische Kapitalisten beobachtet. Das ist an sich bei dem ungenügenden hohen Stand des Geldes gegenüber der Markt kein verwegenes Geschäft. Aber es scheint doch zu bemerken, daß man in den Niederlanden mit einem weiteren Rückgang des Marktwertes rechnen kann.

Der Wiederanbau Deutschlands.

Das kommende Jahr wird uns, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wohl noch mehr bringen als das abgelaufene. Die verhängnisvolle Ungewissheit, die über dem vergangenen Jahre dadurch lagerte, daß die endgültige Festlegung der Wiederaufbaukosten vor Termin hinausgezögert wurde, begleitet uns auch in das neue Jahr. Von dieser großen Sorge werden alle wichtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten überschattet. Eine Lösung dieser Frage bedeutet die Lösung der anderen. An der Schwelle des neuen Jahres bleibt uns nichts als die schwache Hoffnung auf die Wiederkehr der Einsicht in die volkswirtschaftlichen Tatsachen und Zusammenhänge bei denjenigen Ländern, die gegenwärtig noch die Geschichte der Welt meißern.

Schwere wirtschaftliche Krise in Schweden.

Schweden macht heute eine schwere wirtschaftliche Krise durch. Wie in allen Ländern mit geringerer Kapitalist ist die Einfuhr vom Ausland wesentlich erleichtert, die Ausfuhr um so mehr erschwert. In den ersten elf Monaten 1920 war das Verhältnis 3 zu 2 in Milliarden Kronen. Der Einfuhrüberschuß ist nicht auf den Ankauf von Lebens- und handelsnotwendigen Waren und Rohstoffen zurückzuführen, sondern auf Luxusartikel und solche Gegenstände, die zwar in Schweden selbst hergestellt werden, aber eben infolge der Balka durch die Einfuhr billiger sind. Löhne sind gewaltig gestiegen. Die staatlichen Ausgaben, die sich seit 1913 verdreifacht haben, belasten das Land ebenfalls schwer. Schweden ist wie Deutschland an der grundlegenden Änderung der Verfassungsverhältnisse von Versailles interessiert. Damit hängt auch die Abhängigkeit des deutsch-schwedischen Handelsvertrages durch die Stockholm Regierung in manchen Punkten zusammen.

h. Fernwerke, Aktiengesellschaft in Chemnitz.

Die Verwaltung beantragt für das abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung eines Gewinnanteils von 18 % (15 %) und die Erhöhung des Stammkapitals um 500 000 Mk. durch Ausgabe von sechszehnjährigen Vorkaufsscheinen.

Hamburg, 6. Januar.

Der Aufsichtsrat der **Vereinigung in Hamburg** beschloß mit Rücksicht auf die erhebliche Ausdehnung aller Geschäftszweige das Grundkapital um 25 auf 75 Mill. Mk. zu erhöhen. Den alten Aktionären soll auf je 2000 Mk. alte Aktien eine neue Aktie von 1000 Mk. mit Dividendenberechtigung für 1921 zum Kurs von 150 % bei sofortiger Vollzahlung angeboten werden. Die Verwaltung teilt mit, daß das Ergebnis des vergangenen Jahres recht befriedigend sei.

Berlin, 6. Januar. Zeitungspreise.

Table of newspaper prices for various publications in Berlin, including titles like 'Der Tag', 'Vorwärts', and 'Die Welt'.

Deutsch-Großhandel, Deutsche Kon- u. Stein... Various industrial and commercial notices.

Advertisement for Otto Moye, featuring electrical machinery and contact information.

Breslauer Börse 6. Januar 1921.

Market news from Breslau, including sections for 'Teurliche Staatspapiere', 'Verfälschte Anleihen', and 'Stadt-Anleihen'.

Market news from Breslau, continuing with sections for 'Papier- u. Pfl.-K.-K.', 'Bank- u. Eisen-K.', and 'Verfälschte Industrie-K.'.

3. Ziehungsliste der Deutschen Spar-Prämienanleihe von 1919 (Ziehung vom 3. Januar 1921)

Bei der heutigen Gewinnverlosung wurden gezogen: - Die gezogenen Gruppen und Nummern gelten für alle vier Reihen -

A large table listing the results of a lottery drawing, organized into four rows (Reihe A-D) and columns for group and number.

Im ganzen 2000 Gewinne im Gesamtbetrag von 20 000 000 Mark. Die Gewinne werden unter Abzug von 10 v. H. ausgeschüttet. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt vom 1. März d. J. an... Die Vorschriften der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (RGBl. S. 1820) finden bei der Auszahlung der Gewinne keine Anwendung.

Land- u. Forstwirtschaftliches. Das Erntergebnis 1920.

Das Reichsanwaltschaftliche Verordnungsamt veröffentlicht...

Table with 5 columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln. Rows for years 1920, 1919, 1918.

Mundelstiftung. Der Akademische Rat als Verwalter der Mundelstiftung...

Mehlverteilung. Für das Gebiet des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung...

Wasserstände der Elbe und Moldau. Beobachtungen an den Wasserständen...

Das Gesamtergebnis ist, wie der Verband der Landwirte...

Die gegenwärtigen Inhaber der als abhandlungsgelungen...

Gegenbuchführer für Stadt- und Steuerkasse gesucht.

Kassierer für Gemeinde- und Girokasse gesucht.

Gemeindeverwaltung Ostau i. Sa. Für die hiesige Gemeindeverwaltung...

tracht zu ziehen. Weizen ist in dem Erntergebnis gesteigert worden.

BELVEDERE Kleinkunst-Bühne. Anfang 1/8 Uhr. Christa u. Eva Burgas - C. H. Ryl...

Kaffeehaus Blesch. Heitere Künstlerabende. Monat Januar. Max Lorz, Musikalischer Humorist...

Stiel überzugehen, mühten freilich ganz andere Ergebnisse erzielt werden.

Hohe Felle. faust zu höchsten Tagespreisen. Pelzwarenfabrik Carl Dreier, Bettiner Straße 38, I.

Centraltheater. Die blaue Ragur. Operette in 3 Akten von Leo Fall...

Sii-Si. Fürstenhof Lichtspiele. Striesenauer Str. 32 nächst Fürstenplatz...

UT Licht-Spiele. Wenn Sie einer Dame ein Geschenk zu machen haben...

„Das wandernde Bild“. Großes Drama in fünf Akten von Thea von Harbou und Fritz Lang.

Olympia-Theater Almarkt. Lotte Neumann in dem sechsaktigen Monumental-Film Eines grossen Mannes Liebe.

Mia May. „Der indische Nabob“. Köstlicher Schwank in zwei Akten mit Leo Peukert.

Victoria-Theater. Täglich Komiker Paul Becker und Varietè-Vorstellung.